

Die „Freiheit“ wird nicht wozu und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur wozu. Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung im Raum für Groß-Berlin 1,20 M., bei direktem Postbezug monatlich 2,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 1,20 M., für Ausland 2,15 M., per Brief 1,20 M.

Verkauf und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2885 und 2886.

Derzeit haben die wichtigsten Kompartimente der neuen Zeitung 1,20 M., das ist der Preis für den Zeitungsbesitzer. Derzeit haben die wichtigsten Kompartimente der neuen Zeitung 1,20 M., das ist der Preis für den Zeitungsbesitzer.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2885-86, 9748.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Begegnung den Verfassungsbruch.

Ein Ausdasei?

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachte die Unabhängige Fraktion den folgenden Antrag gegen die Errichtung von Standgerichten und die Anwendung der Todesstrafe gerichtlichem Antrag ein:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 12. Januar 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden nötigen weiteren Maßnahmen sofort durch den Reichspräsidenten außer Kraft setzen zu lassen.“

Am Schluß der Sitzung entspann sich über die Festlegung für die nächste Sitzung eine Auseinandersetzung, die der offizielle Bericht wiederum vollständig wiedergibt, und in der Genosse Dr. Cohn ausführte:

„Ich habe nicht geglaubt, daß irgend ein Mitglied dieses Hauses eine Begründung für die Dringlichkeit unseres Antrages für nötig halten würde. Wenn es dennoch geschieht, so kann ich es nur darauf zurückführen, daß den Herren, die die Begründung für nötig halten, die Tragweite der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten nicht bekannt ist und ebenso wenig der Inhalt unseres Antrages, obgleich ihn der Herr Präsident verlesen hat. Denn die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die unser Antrag aufheben will, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Angriff auf die ursprünglichen Grundgesetze unserer Rechtsordnung überhaupt. (Hört, hört! bei den II. Sog.) Er ist ein Angriff auf das Gesetzgebungsrecht des Reichstages, ein Verstoß gegen die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung, insbesondere gegen die Bestimmung, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen und kein Ausnahmegericht eingerichtet werden darf. (Cohn wagt bei den II. Sog.) Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die aufgehoben werden soll, rührt, wie ich sagte, an die Grundlagen der Rechtsordnung dieses Staates. Die wichtigste Grundlage dieser Rechtsordnung ist, daß Gesetze nur aufgehoben und abgeändert werden können durch die von der Rechtsordnung dazu berufene Körperschaft. Der Reichspräsident aber hebt im Verordnungswege wichtige Teile des Strafrechtbuchs auf, führt neue Straftaten ein, er führt neue und ungesetzliche Gerichte ein, denen er sogar die ungeheuerliche Zumutung stellt, nur auf Todesstrafe erkennen zu dürfen, und nur in dem Falle, wenn das Verbrechen die Todesstrafe nicht für geeignet hält, gestattet die Verordnung den Gerichten, die Sache an die Staatsanwaltschaft oder an ein anderes Gericht abzugeben. Wie gesagt, die Verordnung stellt alles in Frage, was bisher als gesicherter Besitz des Reichstages angesehen worden ist. Ich bin erstaunt, daß die Herren, die immer die Idee des Reichstages hegen, die an der Verfassung mitgearbeitet haben, weil sie vom Unrecht, von der Gewalt loskommen, wieder in die geordneten Formen des Reichstages hineinkommen wollten, heute die Aufhebung einer solchen Verordnung nicht für eine dringliche Angelegenheit erklären. (Beifall bei den II. Sog.)

Nach Einwendungen des Präsidenten erklärte Genosse Dr. Cohn:

Für die dritte Internationale.

Beschluß des Straßburger Parteitag.

H. N. Paris, 1. März.

Der Sozialistenkongress in Straßburg erklärte sich mit 1021 Stimmen für den Anschluß an die dritte Internationale. Die französische Sozialistenpartei tritt damit aus der zweiten Internationale aus.

Wieder etwas von der Pressefreiheit.

Wir erhalten aus dem Königsberger Schloß folgendes bringende Telegramm:

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 12. 1. 1920 ordne ich im Einklang mit den Zivilkommissaren für den Wehrkreis I folgendes an: § 1. Ich verbiete die in dieser Zeitung erscheinende „Wolfs“ wegen des hausförmlichen Erscheinens der Nummer vom 19. 2. 20 für die Dauer von 14 Tagen, bis bis einschließlich 14. 3. 20. Die Ausgabe vom 19. 2. 20 ist als illegale anzusehen und zu vernichten. § 2. Wegen Verstoßes

Die letzten Worte des Herrn Reichspräsidenten geben mir einen Anlaß zur Entwidung. Der Herr Reichspräsident meint, die Erklärung der Verordnung möchte deshalb nicht so eilig sein, weil sie ja schon vom 12. Januar datiert. Das ist ein besonderer Grund des Erstaunens und der Empörung für und alle, denn die Verordnung vom 12. Januar ist erst am 23. Februar der Nationalversammlung mitgeteilt worden, (hört! hört! bei den II. Sog.) obgleich die Verfassung ganz klar und einwandfrei bestimmt, daß die Verordnungen des Reichspräsidenten der Nationalversammlung unverzüglich mitzuteilen sind.

Ubrigens ist auffälligerweise die Mitteilung an die Nationalversammlung nicht vom Herrn Reichspräsidenten erfolgt, sondern vom Herrn Reichswehramt; das ist ein neuer Verstoß gegen die Verfassung, und es gewinnt mir danach den Anschein, als ob überhaupt die ganze Verordnung dem Reichspräsidenten bisher unbekannt gewesen und ihm vom Herrn Reichswehramt dieses Ausdasei in das Netz gelegt worden ist.

Alle diese Dinge müssen aufgelklärt werden, und die Tatsache, daß wir erst am 23. Februar die Verordnung erhalten haben, ist gerade ein Grund für die größte Beschleunigung der Beratung.

Aber auch die bürgerlichen Parteien widersprechen der Dringlichkeit des Antrages und erreichen, daß er nicht auf die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung gesetzt wurde. Das gab Genossen Dr. Cohn zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Nach den Erklärungen der Herren Abgeordneten Durlage und Gouhmann muß ich zu meinem großen Erstaunen und zu meinem großen Bedauern annehmen, daß in der Tat sich 15 Mitglieder oder noch mehr finden werden, die die Dringlichkeit unseres Antrages nicht soweit anerkennen wollen, um ihn morgen auf die Tagesordnung zu bringen. Der Reichswehramt hat uns die Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Bemerkung mitgeteilt, daß sie zunächst nur im Regierungsbereich Düsseldorf verbleiben werden und in Kraft treten ist. Sie besteht also im Regierungsbezirk Düsseldorf mit allen Folgen, die sich daran knüpfen. Im Bezirk Düsseldorf ist gegenwärtig den Behörden vorgeschrieben, daß qualifizierte Brandstiftung, gewisse Aufruhrverbrechen nicht mehr mit den gesetzlichen Strafen, sondern mit der Todesstrafe zu belegen. (Hört, hört! bei den II. Sog.) Wenn es sich ereignen sollte, daß irgendwo von irgend wem ein Verbrechen, sei es ein außerordentliches Verbrechen oder sei es das ordentliche Verbrechen, eine Strafe verhängt wird auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die über die Bestimmungen des Strafrechtbuchs hinausgeht, so lehnen wir die Verantwortung dafür ab, sie fällt vor dem Lande und vor der Geschichte auf die Wehrheit dieses Hauses.

Die gesamte Presse hat die Aktion der Unabhängigen Fraktion in der Sonnabend-Sitzung der Nationalversammlung totgeschwiegen, kein Blatt hat es gewagt auch nur mit einer Zeile darauf hinzuweisen, welcher ungeheuerliche Verfassungsbruch hier begangen worden ist. Sie sind alle nur Hüter der Verfassung, solange sie ihren Interessen dienlich ist. Oder sollte sie die Scham über diese Verordnung zum Schweigen bewegen haben?

Klassenhaß aufreizenden und damit die öffentliche Sicherheit gefährdenden Inhalts verbiete ich für die Dauer des Monats März den Vertrieb und die Verbreitung der in Berlin erscheinenden Zeitungen „Freiheit“, „Kölnische Volkszeitung“, die „Zeit am Montag“.

Die im Wehrkreis I befindlichen Exemplare sind zu beschlagnahmen und zu vernichten. § 2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 12. 1. 1920 bestraft.

Der Befehlshaber von E. K. Hoff, Generalleutnant.

Der Herr Generalleutnant betreibt also in dem Bereich seines Wehrkreiskommandos ein Geschäft für sich. Während unter den Augen des gestrengen Rodke die in dem Telegramm genannten Blätter, darunter auch die „Freiheit“, nicht für schuldig befunden werden, sich in so verbrecherischer Weise auszuführen, nämlich zum Klassenhaß aufzureizen, und deshalb diese Blätter aus Erscheinern nicht gehindert werden, ordnet Herr von E. Hoff von sich aus Verbot und Beschlagnahme an. Der Zivilkommissar, mit dessen Genehmigung das geschieht, ist Herr Binnig. Und das heißt alles.

Die Juli-Resolution vor Gericht.

Der zweite parlamentarische Untersuchungsausschuß, dem die Aufgabe gestellt ist, die während des Krieges aufgetauchten Friedensmöglichkeiten zu prüfen, hat sich nach einer internen Sitzung wieder verlagert, ohne einen Beschluß über die Wiederaufnahme der öffentlichen Verhandlungen zu fassen. Durch den kurzen Anlauf, den er im Herbst vorigen Jahres machte, ist er so ausgepumpt worden, daß er auch im Frühjahr noch dringend der Ruhe bedarf, und wir fürchten, daß er bis zum selbigen Ende dieser Nationalversammlung die Kraft zu neuer Arbeit nicht wieder gewinnen wird.

Diese starke Ermüdung ist um so bemerkenswerter, als einer der Reagen, der in dem berühmten Schaustück eine recht beträchtliche Rolle gespielt hat, Herr Geislerich, trotz der damaligen Anstrengungen, keine volle Frische bewahrt hat, der tritt zur Zeit in Moabit mit demselben goldenen Temperament auf, das ihn im Situationsaal des Reichstages auszeichnete, und wirkt hier unter anderem bei der Vorstellung eines Aktes mit, dessen Premiere eigentlich dem Theater am Königsplatz hätte vorbehalten bleiben sollen. Es wird nämlich jetzt in dem Prozeß Erbacher neben vielen sonstigen schönen Dingen, auch die internationale Lage vom Frühjahr und Sommer 1917 behandelt, also ein Thema, das zu den wichtigsten des leider dauernd verhinderten Ausschusses gehört. Wir erhalten in Moabit über die kritische Zeit zwar nicht so viel Aufschluß wie uns die Untersuchungskommission geboten haben würde, aber wir müssen uns eben gefallen lassen, und auch das lächerhafte Material reicht schon hin, um uns, wenigstens in gewisser Beziehung, ein Urteil über die Vorgänge zu bilden.

Wir erwähnten gestern einen Artikel, den Herr von Bethmann-Hollweg in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hat und an dessen Schluß der Verfasser recht deutlich zum Ausdruck bringt, daß seine Verantwortung im Juli 1914 seinen Schönen und Erfolge versprechenden Bemerkungen um den Frieden ein unerwünschtes Ziel gesetzt habe. Diese hohe Einschätzung seiner Fähigkeiten und seiner Tatkraft haben wir gleich mit einem Zweifel begleitet, und die Verhandlungen, die am Montag an Gerichtsstelle geführt wurden, sind nur allzu sehr geeignet, unsere Bedenken zu verstärken.

Der ehemalige Reichskanzler hat uns auseinandergesetzt, wie man in der ersten Hälfte des Jahres 1917 die Hoffnung gegen konnte, daß die Gegner einer Verständigung nicht ganz abgelenkt sein würden und wie auf der anderen Seite in Deutschland alles dafür sprach, daß die Gelegenheit zu einem Friedensschluß benutzt werde. Der Kanzler und angebl. auch der Kaiser waren sich darüber klar, daß die Schwierigkeiten der Kriegführung sich immer mehr häuften, und daß die Ausschüden auf den Sieg von Tag zu Tag geringer würden. Sie waren bereit, sich mit ihren Friedensbedingungen in Grenzen zu halten, deren Annahme vernünftigerweise von der Entente erwartet werden dürfte. Sie wollten den Herren Verzicht auf Belgien ausprechen, französische Teile Lothringens preisgeben und sich mit einer Einschränkung der Rüstungen sowie mit der Einführung von Schiedsgerichten einverstanden erklären. In diesem Sinne haben sie auch den Kurier Dacelli beschieden, der im Auftrag des Vorties nach Berlin und ins Große Hauptquartier gereist war, um die Stimmung zu sondieren, und Anregungen entgegenzunehmen. Der Dagen war demnach im besten Laufen.

Nun oder macht der rechtssozialistische Minister, Dr. David, in Moabit Aussagen, die die Friedensgeweiheit des Herrn von Bethmann in einem sehr merkwürdigen Maße erscheinen lassen. Er erzählt, daß die Vertreter seiner Partei bei dem obersten Beamten des Reiches vorstellig geworden sind, um ihn unter Hinweis auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, zu veranlassen, sich öffentlich gegen Annexionen auszusprechen und sich zum Programm der inneren Demokratisierung zu bekennen. Herr von Bethmann, der nach seinem eigenen Bekenntnis doch von der Verwirklichung dieser Forderung überzeugt gewesen sein muß, konnte sich nicht entschließen und versicherte vielmehr, daß eine solche Regierungserklärung gerade in dieser Zeit ihre schwersten Bedenken habe. Um einer jähren Enttäuschung auszuweichen, ersuchte er die Sozialdemokraten um eine Resolution, die er mit uns Groß-

Sandpawartier nehmen wollte. Er hat diese Denkschrift erhalten, aber nach allem Anschein ist das Große Sandpawartier zunächst von der Unzulässigkeit der gewünschten Erklärung ebenfalls überzeugt gewesen, wie der Reichszentralrat.

Am 20. Juni fand im Reichsamt des Innern eine Sitzung der sozialdemokratischen Delegierten mit Gellnerich, Woblasten und anderen statt. Die Sozialdemokraten wiederholten ihr Verlangen unter Hinweis auf die außerordentlich gedrückte Stimmung der Massen und drohten den Regierungsvorkämpfern, daß die Arbeiter, falls Jugoslawien nicht gemacht würden, bis an die radikale Grenze gehen würden. „Wir verlangen“, sagt Dr. David, „eine Erklärung, daß Deutschland lediglich einen Verteidigungskrieg führe und keinerlei Annektionsabsichten habe. Die Regierung zeigt uns kein Entgegenkommen.“ Auch diese Darlegungen blieben ohne jede Wirkung und Herr Gellnerich bekräftigte seine ablehnende Stellung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den vollen Erfolg des U-Bootskrieges, an den der Kaiser doch noch seinen jetzt abgegebenen Erklärungen nicht mehr glaubte. Ob Gellnerich selbst daran gedenkt hat, mich dahinstellen zu lassen, ist mir merkwürdig wechselnd und schwankend. In dieser Frage, ist man nie sicher, wo seine Überzeugung aufhört und seine gesinnungslose Willkür beginnt. Jedenfalls wollte er, daß der Eindruck des Siegesbewußtseins erhalten bleibe, und er behauptet jetzt, er habe damals gewußt, daß Deutschland, wenn es durch seine Genugtuung den Weg der Verständigung zu beschreiten, ein Zeichen von Schwäche gäbe, einen Verklammerungsfrieden unterzeichnen müßte. Er erinnert an seine Worte im Haushaltungsausschuß: „Wenn wir gezwungen sind, jetzt Frieden zu machen, so müssen wir einen Untertanienfrieden annehmen, der für uns und unsere Kinderkinder Elend bedeutet.“

Aus alledem ergibt sich folgende Schilderung: Der sogenannte leitende Staatsmann erkannte die dringende Notwendigkeit eines schnellen Friedensschlusses. Er befaß aber, nach seiner ganzen Charakteranlage, nicht den Mut, aus dieser Erkenntnis die gebotenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Der Vizekanzler beurteilte die Situation wesentlich hoffnungsvoller. Er redete noch von den Triumpfen des U-Bootes und war noch viel weiter als sein Vorgesetzter davon entsetzt, den Verzicht auf Annektion zu proklamieren.

Was würde nun geschehen sein, wenn Bethmann im Amt geblieben wäre? Die Geschichte seiner Kanzlerschaft gibt uns die Antwort. Er würde sich genau so wie in zahlreichen anderen Fällen gebahnt haben, nämlich da er wußte, daß hinter Gellnerich die führenden Militärs standen und daß diese Reaktion wesentlich mächtiger war, als er, der schwächliche Bahrer. Er würde abschließend und unter fortgesetzter Betonung der ungeheuerlichen Schwere der auf ihm lastenden Verantwortung, die Dinge ihren Lauf haben lassen und noch wie vor das zwar protestierende, aber zuletzt doch willenslose Werkzeug der Außenpolitik und Konjunktur geblieben sein. Daß das Friedensbedürfnis der Nation nicht stark genug war, um sie zu einem Entgegenkommen gegenüber einem unbeirrt weiter blühenden Deutschland zu bestimmen, hat die Folgezeit bewiesen, und deshalb ist es eine starke Annahme, wenn Bethmann uns glauben machen will, daß seine Verabschiedung eine rechtzeitige und verhältnismäßig günstige Beendigung des Krieges verhindert habe.

Die Resolution Erzbergers hat dieses Ziel freilich auch nicht erreicht. Aber dieser Mißerfolg rührte nicht sowohl daher, daß sie drüber als ein Zeichen der Schwäche angesehen wäre, sondern weil auch ihr die notwendige Schärfe und Deutlichkeit fehlte und ein Teil von denen, die sie unterstützten, und nicht zuletzt der neue Kanzler, ihr alsbald eine Auslegung gaben, die ihre Wirkung auf die friedenswilligen Kreise in den Reihen unserer Gegner sofort wieder zerstören mußte.

Daß diese Zusammenhänge auch bis heute noch nicht erkannt werden, hat uns neue das lohlende Leben bewiesen, daß die Führer in Woblast anstimmten, als Erzberger erklärte, er sei auch heute noch stolz auf sein damaliges Vorgehen. Gellnerich wird sich dieser Meinungsbildung keinesfalls widersetzen. Er darf uns ihm entnehmen, daß die Schuld, auf die er sich stützt, die Absicht, die er mit keinem Feldzug verbindet, vollständig berechtigt und würdig. Sie will mit ihm den Mann stützen, der es zuerst gewagt hat, einen öffentlichen Vorstoß gegen die verbrecherischen Kriegspolitiker zu unternehmen. Sie ist mit ihm der Auffassung, daß die moralischen Qualitäten Erzbergers nur der Vorwand sind, um den Geschäftspolitikern des Krieges einen Stein aus dem Wege zu räumen, der zu einer Wiederbesetzung ihrer Macht führen soll.

Die Revolte der Zehnenbarone.

Wir haben vor einigen Tagen über den Konflikt im Reichshofrat berichtet, der entstanden ist, weil die Regierungsvorkämpfer einer Kohlenpreiserhöhung, abgesehen von anderen Voraussetzungen, nur zustimmen wollten unter der Bedingung, daß eine entsprechende Beteiligung des Reichs am Preis und Ertrag der Kohlenbergwerke sowie eine Kontrolle über die Verwendung der von der Abgabe einbehaltenen Mittel von den Zehnenbaronen als Gegenleistung anzustehen wird.

Der Ertrag der Preiserhöhung soll verwendet werden, um die infolge des Raubbaus der Kriegszeit völlig heruntergekommenen Betriebsmittel für deren Stillstellung bisher kein Finger gerührt worden ist, wieder auf eine den Anforderungen des Bedarfs — nicht des Profits — entsprechende Höhe zu bringen. Kontrolle des Reichs über die Verwendung der erhöhten Preise bedeutet also Mitwirkung des Reichs bei dieser Tätigkeit — eine brennend notwendige Aufgabe, der sich das Reich alsbald entziehen hat. Und auch jetzt würde wohl die Rechte und die Kontrolle des Reichs, da der Gegenpart Schwere und mächtige Unternehmer sind, wohl mit großer Mühe und „Schwierigkeit“ gelöst worden sein, wenn die Unternehmer die Ansprüche der Reichsvorkämpfer nicht mit Unterstützung abgewiesen hätten.

Die „Völkische Zeitung“ die für dieses und jenes an der vom Reich vorgeschlagenen Form der Mitwirkung und Beteiligung des Reichs auszuweisen hat, bemerkt dazu:

Ausdehnung des französischen Eisenbahnerstreiks

Führung des Streiks durch den Allgemeinen Arbeiterverband.

H. N. Paris, 1. März.

Mitterand erklärte in einer Presseunterredung, daß die Regierung nicht daran denke, im Eisenbahnerstreik nachzugeben. Verschiedene Verfassungen haben statgefunden. Wie die Arbeiter meinten, ist die Führung des Streiks völlig in den Händen der Confédération Generale du Travail. Da zu Mitgliedern dieser Confédération außer den Eisenbahnern auch die Metall- und Gasarbeiter gehören, so besteht die Möglichkeit, daß der Streik sich auch auf diese Gruppen ausdehnen wird. Auf der Nordlinie wird bisher noch nicht gestreikt, so daß es möglich sein wird, den Streik auf die Südbahn zu beschränken. Die Arbeiter der Marinewerksstätten in der Provence haben sich dem Streik angeschlossen. Die Metallarbeiter und die Arbeiter der Zuckerraffinerien in der Mittelmeergegend haben ebenfalls den Eisenbahnern ihre Unterstützung zugesagt.

Die Streikflotte.

H. N. Paris, 1. März.

In Regierungskreisen wird behauptet, daß die Anzahl der Streikenden etwa 120—130 000 betrage, daß wäre bei 330 000 Eisenbahnarbeitern etwa ein Drittel. Der Meist berichtet, daß am Sonntag bereits mehr Blige als am Sonnabend verkehrten. Die Arbeiterorganisationen geben die Zahl der Streikenden um 100 000 höher an. Auf der Nordbahn streikte die Zahl der Streikenden überhaupt ganz unbedeutend sein. Es melden sich, wie es in den französischen Medien weiter heißt, sehr viele Arbeitsfreiwillige, die für die Streikenden die Arbeit leisten wollen. Gestern abend haben sich etwa 5000 Arbeiter, darunter viele bessere Leute, Marcel Outin schreibt im Echo de Paris, man arbeite an einem Plan zur Bildung einer nationalen Bürgerwehr.

Verschiedene Nachrichten aus dem Lande lassen erkennen, daß der Aufforderung zum Generalstreik sehr wenig nachgegeben wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist an einzelnen Orten sehr häufig. So erklärten die Gleisarbeiter von Brest, am Streik nicht teilnehmen zu wollen und die Arsenalarbeiter

„Unmöglich ist es aber, einfach die Bewilligung einer neuen starken Preiserhöhung zu fordern und im übrigen die Verwendung der daraus stichenden Mittel dem freien Ermessen der einzelnen Werke zu überlassen. Es bestünde bei diesem System gar keine Garantie dafür, daß die so den Werken zustichenden Summen auch wirklich in vollem Umfange ihre geschätzte Verwendung im Interesse der Produktionssteigerung finden würden. Schon lange vor dem Krieg waren sich die einschlägigen Wirtschaftspolitiker, ohne Unterschied der Parteirichtung, darüber klar, daß gerade der Kohlenbergbau in hohem Maße eine An gelegenheit der Gesamtwirtschaft ist. Es ist einleuchtend, wenn die Unternehmer nun sehr hoch von dem Reichshofrat mit Preiserhöhungen fordern, ohne irgendwelche Gegenleistungen in der Richtung der Erziehung der Wirtschaftlichkeit durch gemeinwirtschaftliche Produktionsführung zugesichert zu stellen.“

Die Ablehnung der gemeinwirtschaftlichen Einordnung, die zum Teil in wenig angenehmen Formen vor sich gegangen ist, wirkt umso peinlicher, als ja gerade jetzt von den Bergarbeitern als Pflicht gegen die Gesamtheit mehr Arbeit gefordert wird und auch zugesagt worden ist.“

Was das Blatt schreibt, trifft zu. Nur wird man vielleicht daran erinnern, daß auch die „Völkische Zig.“ im Chor der bürgerlichen Presse mitgebrüllt hat, als es sich darum handelte, die Arbeiter für den durch den Raubbau und die Profitgier der Unternehmer verursachten Produktionsrückgang verantwortlich zu machen und diesen zu lassen. Die veränderte Wendung, in der die Völkische sich der Arbeiter erinnert, ändert nichts mehr daran. Rechtzeitig mußte auf alle die Mängel und auf wirksame Mittel zu ihrer Abstellung hingewiesen werden. Heute dürfte auch die mangelnde Hoffnung des Blattes vergeblich sein, daß sich das Reichswirtschaftsministerium gezwungen sehen könne, zu zeigen, daß der Wille der Einzelnen nicht die Alleinherrschaft über die wichtigste Industrie ausüben darf, wenn nicht die organisierten Bergarbeiter Dampf dahinter machen.

Veranstaltungsverbot in Halle.

Unsere Parteigenossen in Halle, die nicht nur mit einem vielwöchigen Zeitungsverbot bestraft waren, sondern durch Beschluß des Generals Raeder auch des Versammlungsverbot bestraft sind, hatten, um zu den Gesellen der ungarischen Gegenrevolution Stellung zu nehmen, eine Versammlung angemeldet, mit dem Thema „Der weiße Schrecken in Ungarn“. General Raeder hat diese Versammlung verboten.

Wenn man nicht annehmen will, daß dieses Versammlungsverbot eine Sympathieerklärung mit der ungarischen Gegenrevolution bedeutet, so muß man zu der Vermutung kommen, daß General Raeder jede öffentliche Meinung der unabhängigen Sozialdemokratie verhindern will. Es ist aber schon größeren Zeilen nicht gelungen, der Arbeiterbewegung mit Gegenmitteln beizukommen, und auch jetzt wird sich zeigen, daß unsere Partei aus dem gegen sie gerichteten Verbot stärker denn je hervorgehen wird.

Zuhebung von Zeitungsverboten.

General Raeder hat so ziemlich alle unsere Zeitblätter in seinem Wirkungsbereich verboten. Jetzt endlich, nachdem die Verbote wochenlang anstandslos erlassen waren, ist ein Anzahl wieder freigegeben worden. Von Dienstag, den 2. März, an sind das „Völkische Blatt“ in Halle, die „Wettfelder Arbeiterzeitung“ und der „Völkische Post“ in Leipzig wieder freigegeben worden. Es ist anzunehmen, daß zugleich auch die „Zeitung der Mannfelder Völkische Zeitung“ erlöste. Doch liegt darüber eine bestätigende Meldung noch nicht vor.

Aus dem freihetlichen Dänemark.

In Dänemark hat sich eine linkssozialistische Partei gebildet, die dieser Tage ihren ersten Parteitag abhielt. Zu diesem Parteitag war die unabhängige Sozialdemokratische Partei Dänemarks eingeladen. Vom Generalkomitee wurde Genosse Krüger mit der Vertretung unserer Partei auf dem Parteitag

betraut. Jede Solidarität mit den Streikenden ab. In Kopenhagen ist der Streik fast allgemein. Auf der Ostbahn ist die Arbeit fast vollständig niedergelegt, auch in Roskilde ist der Streik fast vollständig. Die Verallgemeinerung der Streikbewegung dürfte jedoch schwierig sein, schon infolge des Bögers der Arbeiter und der stellenweisen Wiederaufnahme der Arbeit.

Vermittlungsversuche?

Paris, 1. März.

„Le Journal“ erklärte man gestern bei der U. G. T. nur 10 Prozent der mobilisierten Eisenbahner dem Mobilisierungsbefehl gehorcht wären. Man gäbe auch dort zu, daß auf der Nordbahn der Eisenbahner fast vollkommen sei, weil die Eisenbahner der besonderen Lage der Kampfbahn Rechnung tragen würden. Die führenden Gewerkschaftler haben die Hoffnung nicht verloren, den Konflikt beizulegen. Ansehend soll heute ein entscheidender Vermittlungsversuch getan werden. Nach einer Vorabmeldung ist bis jetzt nur ein Angestellter auf dem Bahnhof von Argon festgenommen worden, weil er seine Kameraden zum Ungehorsam verleiten wollte. Der „Matin“ glaubt, daß gegen zehn Personen eine Untersuchung eingeleitet werden soll. Das Ministerium wird heute vormittag wieder zusammentreten.

Streikwirkungen.

T. U. Paris, 1. März.

Der Eisenbahnerstreik dauert unvermindert fort. Aus der einzelnen Depots der Pariser Bahn wurde heute gemeldet, daß die Anzahl der Arbeitsfreien sich gegen gestern vermehrt hätte. Der Vorkaufverkehr ist vollständig eingestellt worden. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris konnte durch Militärsicherheitsstellen sichergestellt werden, so daß ein empfindlicher Nahrungsmangel verhindert wurde. Dagegen sind die Extraktionen des Meeres beschränkt worden, da man infolge des Streiks auf den staatlichen Weisbahnen mit Zufuhren aus den atlantischen Häfen nicht rechnen kann. Gestern nachmittag fanden zahlreiche Versammlungen der Eisenbahner statt. Die Folgezeit verhofft mehrere Redner. Die Mobilisierungsbescheide sind fertig und sollen heute herausgegeben werden. Die Grubenarbeiter streikten vorläufig nicht.

lag der dänischen Linkssozialisten betraut. Dem Genossen Krüger wurde jedoch die Einreisefreiheit von der dänischen Gesundheitsbehörde verweigert.

In der dänischen Regierung sitzen Sozialdemokraten, die wesenberwandte sind mit den Linkssozialisten in Deutschland. Man darf sich daher nicht wundern, daß wohl ein Verbot und ähnliche Leute dieses Schlags in Dänemark wohlwollender sind, daß aber einem Vertreter der revolutionären Arbeiter Dänemarks der Eintritt in das Land verweigert wird.

Die mangelhaften Ernährungsmöglichkeiten in Mitteleuropa.

H. N. Haag, 1. März.

Ueber den Inhalt der Besprechungen in Londoner Wirtschaftsrat werden folgende Einzelheiten bekannt: In der letzten Sitzung wurden genaue Zifferen genannt, auf Grund deren man zu dem Ergebnis kam, daß die Großhandelspreise in Frankreich und Italien augenblicklich 300 Prozent höher sind als vor dem Krieg, in England beträgt die Erhöhung 170, in Japan 160 und in Amerika 120 Prozent. Ferner bekräftigte man sich mit der Lage in Mitteleuropa und stellte fest, daß besonders in Deutschland eine Notlage von Nahrungsmittelkalorien zur Verfügung steht, die weit unter dem Quantum steht, das der Oberste Wirtschaftsrat für die normale Ernährung eines Menschen als notwendig erachtet. Auch die Ernährungsfrage Polens und Oesterreichs wurde genau untersucht. Der Gedankenaustausch wird noch mehrere Wochen dauern.

Metallarbeiterstreiks in England.

H. N. London, 1. März.

Die Arbeiter der Stahlwerke in Schwales schlossen, in den Streik zu treten, um eine 40prozentige Lohn-erhöhung durchzusetzen, die ihnen bisher verweigert wurde. Man erwartet, daß sich etwa 60 000 Arbeiter an dem Streik beteiligen werden.

Forihy Reichsverweiser.

Ein Vize oberster Staatsbeamter.

Budapest, 1. März.

Die Nationalversammlung hat heute Admiral Nicolau von Forihy zum Reichsverweiser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung bricht sich für die Wahl Forihy zu geben und Ehrenhonore von 3 Millionen Kronen für den Verweiser auszusprechen.

Zur Milderung der Wohnungsnot streikt die Stadtspannau neuerdings zur Beschlagnahme der Sommerwohnungen. So werden alle Sommerwohnungen auf der Insel Valentinsbörde (Schwaben) beschlaggenommen und zu Dauerwohnungen hergerichtet. Es dürfte sich wohl für die Verbindung mit dem Festland sorgen. Nebenliche Maßnahmen werden auch in Tegelert und Hellstetter geteilt.

Der schändliche Kafenarbeiterstreik verläuft in größter Ruhe. Da er bereits über zwei Wochen dauert, und das ganze Wirtschaftleben in Mitleidenschaft gezogen wird, werden Stimmen laut, die eine Vermittlungskommission der Regierung vorschlagen.

Die Wahlen in Irland. Aus einem Einblick in die letzten Wahlergebnisse ergibt sich, daß von den 322 244 Stimmen bei den Generalwahlen die Unionisten 85 062, die Sinnfeiner 87 311, die Labor Party 87 026 die konstitutionellen Nationalisten 51 875 Stimmen erhielten.

Zum englischen Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten soll Sir Rudland Geddes ernannt werden.

Das japanische Parlament aufgelöst. Das japanische Parlament ist durch kaiserlichen Erlass aufgelöst worden, und zwar war die Veranlassung dazu ein Konflikt zwischen der Regierung und der Parlamentsmehrheit über die Wahlrechtsfrage. Im Parlament spielten sich folgende Szenen ab. Außerhalb des Parlamentsgebäudes kam es überall zu Kundgebungen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
4 Uhr: Gyges und sein Rind.

Opernhaus
Mittwoch 12 Uhr:
Sinfonie-Mittags-Konz.
Abends 7 Uhr:
VIII. Sinfonie-Konzert

Schauspielhaus
Friedrich der Große
(1 Teil)
6 Uhr: Der Kreuzritzer.

Deutsches Theater
7 Uhr: Der lebende Leichnam

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die Räuber der Pandora

Großes Schauspielhaus
Königsplatz
7 Uhr: Hamlet
(18. Abführung, II. Abend.)

Königsplatz
Mittwoch: „Sieg“
Donnerstag: „Sieg“
Freitag: „Sieg“
Sonntag: Zum 1. Male:
Der Herr Minister
Komödie von Paul Schiller.
(Max Pallenberg, Frieda
Richter, Heinz Stieck, Rosa
Veldhues, Fritz Dieck,
Quast Blox, Werner Hoffmann,
Frieda Lehndorff)

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte
Walzer
(Fritz Marzary, Otto Storm,
Hans Wassmann)

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Pygmalion
Mi. u. Fr. 7 1/2 Uhr: Pygmalion

Deutscher Kunst-Theater
Alte Oper
7 1/2 Uhr: Menagerie

Neues Operettenhaus
Direktion: Jean Kraus
Abendlich 7 Uhr 15 Min.:
Mia Werber u. Co. in
Die Kene
Hohelt

Residenz-Theater
Stadthaus-Jacobstraße
Täglich 7 1/2 Uhr:
Evechen Hambrecht
Sonntag 4 U. Max u. Moritz
Sonntag 4 Uhr: Der gute Rat

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich
6 Uhr: **FEMINA**
Mittwoch: 4 U. Max u. Moritz
Don. 4 Uhr: Hans u. Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johann Bauer

Gasno-Theater
Lehrterstr. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr
Der große Anstrich wegen
soch kurze Zeit verlängert!
Schneepels Lene
Über 100 Mal aufgeführt,
und erstklassige Spezialitäten
Sonntag 10: Die Wundersch.

Walhalla-Theater
7 Uhr:
Die Csardasfürstin.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 118.
Abendlich
Sonntags 3 u. 7
Unüberwindliches
Variété-Programm!

Theater am Rotenb. Tor
Tel.: Moritzplatz 1014.
Tägl. 7 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Star-Oper Sänger,
Bühnen-Regie
Vorv. 11-12 u. 4-6 Uhr

Rose-Theater
7 Uhr:
Wilhelm Tell

Wintergarten.
Täglich 7 1/2 Uhr
Variétévorstellung
Lachen garantiert!

Circus Busch
Dienstag 2. März. 7 1/2 Uhr
Zum 150. Male

iraak. Pantomime
Aphrodite
in 3 Akten v. Paula Busch
Inscen. von Louis Bismat
Vorher d. neue März-Prögr.

Theater i. d. Königspl. Str.
Königsplatz, Mittwoch, 2. März, 7 1/2 Uhr:
Sum **100.** Male:
Schloß
Wetterstein
Schauspiel in 3 Akten von Franz Wehling.
Schauspielführer: Max Reinhardt, Hermann
Johann, Alexander, G. u. H. Zerkow, u. am Freitag,
Alexander G. u. H. Zerkow, u. am Samstag,
H. H. Zerkow, John Wore, Gust. Wore.

Verein „Arbeiter-Hochschule“ E.V., Berlin C 2.
Neue Friedrichstraße 11-12, II. — Zentrum 4693.
Am Donnerstag, den 4. März, abends 6 Uhr,
beginnt in der Aula Georgenstr. 30/31 eine Vorlesung über
„Richard Wagner sein Leben und Schaffen“
mit Erläuterungen am Klavier, Dozent Gustav Erbes.
8 Abende.
Hörsaal für Mitglieder 2.— Mk., Nichtmitglieder 3.— Mk.

Einzelvortrag mit Lichtbildern:
Sonabend, den 6. März, 7 1/2 Uhr abends,
in der Aula Niederwallstraße 13
Jens Lütjens: Eine Fahrt ins nördliche Eismeer.
Einzelt. für Mitglieder 1.— Mk., Nichtmitglieder 2.— Mk.

Eden-Theater
in der Alten Jakobstraße 30.
7 1/2 Uhr, neu einstudiert:
Die Dollarprinzessin
mit Oskar Baum und
Elisabeth Daltzer-Lichtenstein.

Königsplatz-Kasino
Alexanderstr. 21.
Tel. Alexander 434.
Säle und Veranstaltungsräume
in jeder Größe.

Politische
Couplets
Lieder und Gesangsstücke
Theaterspiele
Preisliste 274 verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig,
Königsplatz 22, Fernruf 2109.

Achtung!
Grammophon-
Platten
Wir vergüten
bis auf weiteres in unser
amtlichen Geschäften
für 4 alte und zer-
brochene Schallplatten
1 neue 25 cm
Schallplatte
nach ihrer Wahl.
Beil u. Voss,
Musik
Forsenthaler Str. 16-17,
Badstr. 42-43, Gr. Frank-
furter Straße 110,
Tanzteufelstraße 6.

| | | | |
|---------|---|------------|------|
| Achtung | Kupfer | 28,00 | Mark |
| Achtung | Messing | 15,00 | Mark |
| Achtung | Blei | 10,50 | Mark |
| Achtung | Zink | 8,00 | Mark |
| Achtung | Zinn | bis 65,00 | Mark |
| Achtung | Quecksilber | bis 150,00 | Mark |
| Achtung | Auch sämtliche Metalle zu hohen Preisen kauft | | |
| Achtung | Metall- Ankaufsstelle Lehrterstr. 28 Eing. Angerländer Straße | | |

Metalle!
Kupfer kg 25,50
Messing „ 14,50
Rotgüß „ 23,50
Blei kg 10-10,50
Zink „ kg 8,00
Gold- u. Silberbruch
Höchste Preise.
Kanz & Liedtke
20 Webersstr. 20 20

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenhagen-Platz
2. Pennstraße 48
am Weddingerplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schönberger Str.
am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kaiser-Friedrich-Str. 220
nahe Hermannplatz
6. Weldenweg 72
am Daltzplatz.

Platin höchste
Preise
Zahngelisse
bis 3000 Mark
Gold-, Silber-
u. Schmucksachen
Gebrauchsgegen-
stände sow. Bruch
Konkurrenzlose Preise
Pilz,
Alte Schönhauser
Strasse 19, II.
Geschäftzeit von
9-5 Uhr

Kupfer 22.-
Messing .. 12.-
Blei 8.-
Zink 7.-
Quecksilber . 150.-
Metalleinkauf
Schulendorfer Str. 2
Wlfl. 4. Str. 4. U. Mittel-Str. 10. Berlin.

Zahngelisse!
Goldbruch, Silberbruch,
Platin
Salpetersäure Silber,
Quecksilber, sämtliche
Metalle kauft höchst-
zahlend
Silberschmelze
Christmann,
Köpenicker Str. 30a
(Grenz. Marienfelde)

Großes
Schauspielhaus
Direktion: **Max Reinhardt**

Das Abonnement für die nächste Spielzeit ist aufgelegt

Sechs Abendvorstellungen / Sechs verschiedene Stücke

Goethe: Egmont / Schiller: Die Räuber / Shakespeare: Ein Sommernachtstraum / Calderon: Das Leben ein Traum / Romain Rolland: Danton / Geyl: Hauptmann: Florian Geyer

Änderungen vorbehalten

Preise der Plätze für die sechs Vorstellungen:

Logen 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Raffenspreis 24,60 M.)
Parterre 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Raffenspreis 24,60 M.)
Balcon 50,40 M. — also 8,40 M. pro Abend (Raffenspreis 17,60 M.)
1. Ring 32,40 M. — also 5,40 M. pro Abend (Raffenspreis 8,90 M.)
2. Ring 19,20 M. — also 3,20 M. pro Abend (Raffenspreis 5,40 M.)
3. Ring 12,60 M. — also 2,10 M. pro Abend (Raffenspreis 3,20 M.)

In diesen Preisen ist die Luftkonditionierung bereits enthalten

Bei der Organisation des Abonnements ist größte Sorge getragen, daß auch Abonnenten
späterer R. teilung frühere Aufführungen eines Werkes sehen. Das Abonnement
ist übertragbar. Der Verkauf der Abonnements findet im Großen Schauspielhaus
von 9-4 Uhr (auch Sonntags) an der Theaterstraße 11, Wertheim, Leipziger Str., Rot

Straßenhändler!

FREIE WELT
DER
USPD
HEFT 9

gelangt heute nach-
mittag zur Ausgabe

Breite Straße 8-9

Kupfer 25.00, Messing 15.00,
Blei 10.00, Zink bis 8.50
bei größeren Posten mehr. zahlst
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Moritzpl. 135 80. **Rothbuser Damm 66.** Moritzpl. 135 80
(Hermannplatz.)

Zahngelisse
bis 4000 Mark,
auch zerbrochener Zahn nicht un er 20 bis 100 Mk.
kauft täglich von 10 bis 6 Uhr
Luckauer Straße 18 links part.
(Am Moritzplatz)
Deutscher Hof.

Metall-Ankaufsstelle
Stallschreiber - Str. 50/51
zahlt für
Quecksilber 145.- M.
Kupfer 22.-
Messing 12.-
Blei 8.-
Zink 7.-
Gef. von 9-6 Uhr

Zahngelisse,
Kein Zahn unter 20 Mark.
Straß. reell
kauft täglich von 9 bis 7 Uhr
Gildener, Reichenberger Str. 75-76,
barriere rechts. (Göltzler Bahnhof).

Kupfer 25.00-26.00 M.,
Aluminium 20.00-21.50, Rotgüß 20.00-23.00,
Messing 15.00-16.00, Blei 9.00-10.00 per Kilo,
Zinn, Zinn, Lagermetall kauft
Schlosserei NIEMANN,
Stallschreiberstraße 35, am Moritzplatz.

Metallschmelze
Mariannensstr. 24,
an der Kottbuser Brücke zahlt wie bekannt die
höchsten Tagespreise.
Telephon: Moritzplatz 1008.
Sendungen von Auswärts werden prompt erledigt.

Lumpenfabrik S. Scheffel
kauft Schmelz- für jede Art Wollwäcker Enger-
zeug.
Kilo 8 bis 25 Mark
Kl. Markstraße 2, Köpenick, 6327.

Quecksilber 145.-
per Kilo
Kupfer 22.-
Messing 12.-
Blei 8.-
Zink 7.-

Metallankauf
Neue Jakobstraße 20
Kommendantenstr. 77-78
Fernruf: Zentrum 5706
Größt. Posten werden abgeholt.
Mitglied des
Vereins der Altmetall-
Händler i. Groß-Berlin

H. Samuelsohn
BERLIN 50 36
Nauynstraße 38
an der Graalenbrücke
Am Moritzplatz 4500

Kupfer 22.-
Messing 12.-
Blei 8.-
Zink 7.-
Reinzinn 70.-

Metallschmelze
P. Niehterwitz
Admiralstraße 3.
Mitglied des Vereins der
Altmetallhändler
Groß-Berlins

Elektrische
Leitungsdrähte
Kabel - Litzen
Dynamo-Kleinzelndrähte
kauft höchst zahlend
Silbermann
Neue Königstraße 32
Fernruf: Alex. 2115

Nächste Ziehung schon 4 u. 5 März

+ Rote + **+ St. Georg**
Lotterie **Lotterie**
3667 Gew. 1. Gewinn. M. 4108 Gew. 1. Gewinn.

100 000 **135 000**
50 000 **60 000**
10 000 **20 000**

Lose 3 M. Porto und
Liste 50 Pf. Lose 3 M. Porto
Liste 50 Pf.

Eine Glückstasche, enthaltend
10 Lose beider Lotterien sort.
aus verschied. Tausend. 30,-

H. C. Kröger, Berlin
an der Leibnizstraße

Metallabfälle
Sie erzielen immer noch bei mir
die höchsten Tagespreise
Genaueres Gewicht. Feelle Bedienung.
Quade, Schmidstr. 3
Bitte genau auf Hausnummer achten
Mitglied d. Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlins

Platin höchsten
Preise
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 17,00
Linke Bücherstraße 40
kanf. Part. 2. II. 9-7 Uhr

Goldbruch Silberbruch
Platin - Zähne - Brillanten
Schmucksachen usw. kauft
Edelmetallschmelze E. Kresch
Neukölln, Prinz-Bandjery-Straße

Achtung! Metalle! Aufkauf!
Zahlst für Kupfer, Messing, Blei,
Zinn usw. mehr wie Konkurrenz!
Klempneri Kasanjanalio
und Weissenburger Str. 11.
Bitte die höchste Annonce mitzubringen

Höchste Preise
zahlt für

Platin-
Tiegel: Schalen: Brennstifte: Zahnstifte
Schmucksachen: Brillantlocherstempel

Gold-
Barren: Medaillen: Schmuck: Zahnstifte
Bruchgold

Silber-
Barren: Medaillen: Abfälle
Bestecke: Löffel

Quecksilber

| | |
|-----------------|---------------------|
| Kupfer | Messing |
| Nickel | Zinn |
| Zinn | Aluminium |
| Blei | Silbernitrat (fest) |
| Geschirrzinn | Stanniolpapier |
| Flaschenkapseln | Glühstrumpfische |

Begr. 1903 **Metallkontor** Begr. 1903
Berlin SW68, Alte Jakobstr. 138
(Halleisches Tor)
Telephon: Moritzplatz 120 55
Geöffnet werktätlich von 9-4 Uhr
Schnelle Erledigung durch Postwertsendungen
welche gewissenhaft und prompt erledigt

Gold und Silbersachen
alt, Schmuck, Brillanten, Perlen, Juwelen jed. Art
Bin.-Halensee, Markgraf-Albrechts-
part. (o. Karlstr. 20. am U. u. S.)

Metalle bedeutende Preisermäßigung
Platin-Zahngelisse, Zahn bis 75 Mark,
Goldbruch und Silberbruch! Schmelz-
peters, Silber! Quecksilber! Kupfer! Zinn!
Zinn! Messing! Nickel! Aluminium!
Stanniolpapier! Zinn! Blei! Fließblei!
Schmelz- Glühstrumpfische M. 100.-
Metalle höchst zahlend
Edelmetall-Einkaufsbureau

Reichskonferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D.

(Fortsetzung aus der Montag-Morgennummer.)

Nach dem Referat des Genossen Wurm folgte eine lebhaft und interessante Diskussion ein, die wir wegen Raummangel leider nicht wiedergeben können. Ein längerer Bericht wird aber in der „Sozialistischen Gemeinde“ erscheinen.

Nach einem längeren Schlusswort des Genossen Wurm wurde dann ein Antrag, das Referat drucken zu lassen und als Broschüre herauszugeben, in der Form angenommen, daß ein kommunales Handbuch unter Mitwirkung noch anderer sozialistischer Parteigenossen herausgegeben werden soll.

Am zweiten Tage hielt dann zu Beginn der Sitzung der Genosse Henke (Bremen) ein Referat über „Grundsätzliche sozialistische Gemeindepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalisierung“. Nach der Novemberrevolution ist der Ruf nach Sozialisierung besonders stark geworden, hervorgerufen durch den Niedergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise während des Friedens. Dazu kommt die allgemeine Arbeitslosigkeit, denn der Arbeiter hat keine Lust mehr, für die Ausbeuter zu arbeiten.

Nun ist aber eine gewaltige Schuldenlast in Reich, Staat und Gemeinden entstanden. Es sind Vorschläge gemacht worden, es so zu machen wie in Rußland und alle Schulden zu annullieren. Aber das ist ein gefährliches Experiment, und ich warne davor. Wir sind immer noch angewiesen auf das Kapital im Ausland. Infolge des Fehlens von Kapital, Rohstoffen und Arbeitskraft ist das Mehrprodukt nicht da. Wir befinden uns in einer furchterlichen Lage aus der wir nur mit Hilfe des ausländischen Kapitals herauskommen können. Das ist eine andere Situation wie die, in der wir uns alle die Expropriation der Expropriateure vorgestellt haben. Da wollen nun die Kommunisten alles „Verstaatlichen“, um dann auf den Trümmern der Sozialismus aufzubauen. Das hat mit Marxismus aber nichts zu tun. Er muß wieder aufgebaut werden, um dann den Sozialismus zu verwirklichen.

Es läßt sich auch kein scharfer Strich zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise ziehen. Die Arbeiterschaft muß zwar, wenn sie zur politischen Macht gelangt, mit allem alten Müß und Unrat aufräumen haben, aber es wird dies nicht mit einem Schläge geschehen können. Vor diesem Glauben sollen wir die Arbeiterschaft bewahren.

Wir müssen Leitfäden für unser praktisches Handeln haben. Theorie und Praxis können nicht ohne einander auskommen. Man kann in einer Gemeinde auch nicht für sich allein wirtschaften, sondern es muß Rücksicht auf die allgemeine Volkswirtschaft und auch auf die Weltwirtschaft genommen werden.

Der Weg zum Sozialismus braucht nicht über die Gewalt gehen, durch organische Entwicklung müssen wir sie fördern. Es wird noch viel darüber gestritten, wer für die Sozialisierung bestimmter Betriebe zuständig ist, ob Reich, Staat oder Kommune. Die verschiedenen Interessenten melden sich da an, meistens natürlich kapitalistische. Auch zwischen den einzelnen Gemeinden werden verschiedene Interessen vertreten. Dazu kommen die Gegensätze zwischen den Magistraten und den Stadtverordneten. Vor allen Dingen fehlt uns aber ein Kommunalisierungsgesetz, und wenn wir es bekommen, dann wird es auch danach aussehen. Dazu kommt die Zersplitterung der Arbeiterklasse, sogar Rechtssozialisten wenden sich gegen die Kommunalisierung. Ein einheitliches Schema für die Kommunalisierung läßt sich nicht schaffen. Mühen soll man sich auch, unvorsichtig an die Dinge heranzugehen und sie von Leuten machen zu lassen, die keine sozialistische und praktische Erfahrung haben. Was zu sagen ist, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Ganz besonders gilt für unsere Gemeindevertreter das Wort von Karl Marx: Die Arbeiter haben, wenn sie zur politischen Macht kommen wollen, nicht die Aufgabe, Optionen zu erfüllen. Das müssen wir unseren Arbeitern sagen, wenn wir keine Schwierigkeiten haben wollen. Wir müssen die Arbeiter im sozialistischen Sinne auflären, denn nur mit einer so aufgeklärten Masse können wir den Sozialismus verwirklichen.

Auch an das Referat des Genossen Henke schloß sich ein ebenso reichhaltige wie interessante Diskussion. Verschiedene Redner hoben die guten Erfahrungen hervor, die sie in ihren Gemeinden mit der Übernahme oder Einrichtung neuer Betriebe in ihren Gemeinden gemacht haben. Durchweg sind diese Einrichtungen besonders der ärmeren Bevölkerung zugute gekommen, indem ihnen zu billigen Preisen Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände abgegeben werden konnten.

Allgemein bemerkt wurde das Ausbleiben eines guten Kommunalisierungsgesetzes, da die Gemeinden ohne ein solches nicht in der Lage sind, die Kommunalisierung in wirksamer Weise durchzuführen. Von den Vertretern kleinerer Gemeinden wurde aber auch bei dieser Gelegenheit beklagt, daß ihnen die Mittel fehlen, um zur Kommunalisierung überzugehen. Auch die Widerstände gegen die Kommunalisierungsanträge unserer Genossen, die sowohl von bürgerlicher Seite wie auch teilweise sogar von den Rechtssozialisten kommen, wurden von einzelnen Rednern hervorgehoben. In einigen Gemeinden sind sogar, dank dieser rückwärtlichen Vertreter, kommunalisierte Betriebe wieder in private Hände übergeführt worden. Ueber schlechte Erfahrungen bei der Kommunalisierung berichtete eingehend nur ein Vertreter, und zwar der Genosse Held (München). Er stellte fest, daß die Betriebe, die von der Stadt übernommen seien, mit Defizit abgeschlossen haben, und daß die Arbeiter in diesen Betrieben mit ihren Leistungen zurückgingen. Im Verlaufe der Debatte wurde das damit erklärt, daß es sich nicht um Betriebe handelt, die für die Kommunalisierung von großer Bedeutung sind und daß ferner die Arbeiterschaft in diesen Betrieben zu sozialistischem Denken noch nicht erogen ist. An der Hand auch dieses Falles wurde nochmals, wie schon von dem Referenten betont, daß man bei der Kommunalisierung mit der größten Vorsicht und unter guter Auswahl der leitenden Personen beginnen müsse. Eine Warnung des Genossen Schneider (Neußlin), sich nicht allzuviel von der Kommunalisierung der Kinos zu versprechen, da man keinen Einfluß auf die Filmindustrie, die meistens nur Schund erzeuge, wurde von anderen Rednern damit beantwortet, daß es nicht genüge, in einer Gemeinde nur ein Kino von der Gemeinde zu unterhalten. Es müßten vielmehr sämtliche Theater und Kinos kommunalisiert werden, und nicht nur in einer Gemeinde, sondern in möglichst vielen. Dadurch würde man auch den nötigen Einfluß auf die Aufführungen erhalten.

Ein anderer Redner lenkte auch das Augenmerk darauf, daß die Gemeindevertreter sich energisch gegen den Verkauf von Gemeindegeländen an Privatunternehmer wenden sollen. Es würde schwer sein, bei späteren Gelegenheiten, wenn die Gemeinde den Grund und Boden wieder für ihre Zwecke gebrauche, diesen wieder in die öffentliche Hand zurückzubekommen.

In seinem Schlusswort stellte Genosse Henke fest, daß er mißverstanden worden sei, wenn ein Redner aus seinem Referat herausgehört habe, daß er sich für den Reformsozialismus erklärt habe. Er wisse ganz genau, daß wir noch mit einer langen Reihe von schweren Kämpfen zu rechnen haben werden. Er glaubt die Mitglieder der Konferenz darin feststellen zu können, daß überall dort, wo es möglich sei, zu kommunalisieren, dies zwar mit aller Vorsicht, aber auch mit ebenso viel Energie getan werden müsse. Wo die Möglichkeit zu Tage trete, kommunalisierte Betriebe zurückzubekommen, in private, da müssen die Gemeindevertreter lauten Protest erheben. Die schlechten Erfahrungen, die der Genosse Held vorgetragen habe, sprechen nicht gegen die Kommunalisierung, auch nicht gegen den Sozialismus. Wenn dort in den kommunalisierten Betrieben Defizite zutage getreten sind, so können man wohl annehmen, daß die früheren Ueberführungen auf Kosten der schlechtbezahlten Arbeiter gemacht wurden.

Der Konferenz lagen nun folgende drei Resolutionen vor:

Die Reichskonferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D. stellt mit Entrüstung fest, daß der im März 1919 von der Sozialisierungskommission vorgelegte Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben noch immer nicht als Gesetzesvorlage an die Nationalversammlung gelangt ist. Im Interesse der Gemeinden liegt es, ihnen baldigst die Möglichkeit zur Kommunalisierung zu geben, während die Verzögerung nur die Interessen der bestehenden Klassen wahr, die jetzt höhere Entschädigungen beansprucht als vor einem Jahr. Die Reichskonferenz fordert die Genossen in den Gemeindevertretungen auf, dort ebenfalls gegen die Verschleppung der Kommunalisierung Einspruch zu erheben.

Wurm.

Die Reichskonferenz hat folgenden Wortlaut:

Die Reichskonferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D. in Berlin protestiert entschieden gegen die große Masse der Rinderbismitteln infolge der niedrigen Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums hart treffende Steuerpolitik, die den Gemeinden die selbständige Festsetzung von Steuern völlig entzieht, deren Selbstverwaltung nicht nur einengt, sondern die Erfüllung der wichtigsten sozialen und kulturellen Aufgaben direkt verhindert und jede Reform unmöglich macht. Die während des Krieges von den bürgerlichen Mehrheiten der Dreiklassenparlamente betriebene kommunale Finanzpolitik, die genau wie im Reich und Staat die Deckungsfrage der Zukunft überließ, hat die Gemeinden ebenfalls dem Bankrott zugeführt. Im Interesse des Volkes

ist aber unter Vorbedingung einer großzügigen Ernährungspolitik der weitere Ausbau der Volksgesundheitspflege, auf allen Gebieten notwendig, ebenso wie die Schulreform. Mit dem Raub des selbständigen Steuerrechts der Gemeinden, wodurch diese nur zu Aufhängern des Reichs degradiert werden, sind Reich und Staat verpfändet, mindestens die gesamten Schullasten wie auch die Lasten der gesamten Volksgesundheitspflege zu übernehmen. Die Reichskonferenz verlangt dringend, daß dieser Forderung schnellstens Rechnung getragen wird, und erwartet, daß unsere Vertreter mit allem Nachdruck diesen Forderungen Geltung verschaffen.

Oskar Hoffmann, Oberfeld.

Die dritte vom Genossen Städter eingereichte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Reichskonferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der preussischen Regierung geplante Gemeindeverfassung, die das Magistratsystem beseitigen will, anstatt endlich die alte Forderung der Sozialdemokratie nach dem Einkammersystem durchzuführen. Sie protestiert weiter gegen die einengenden Bestimmungen des Selbstverwaltungsrechts und fordert von der preussischen Landesversammlung, bei der bevorstehenden Beratung der Provinzial-, Städte-, Kreis- und Landgemeindevorordnung in diesen Körperschaften das Einkammersystem durchzuführen und ihnen ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht zu geben.

Diese drei Resolutionen wurden von der Konferenz einstimmig angenommen.

Unter Verschiedenes begründete der Genosse Wed (Königsberg) einen Antrag auf Eröffnung einer Mieterkommission. Er wies darauf hin, daß in den verschiedenen Gemeinden bereits Mietervereinigungen bestehen. In einigen Gemeinden hätten diese gute Erfolge erzielt, in anderen besäßen sie aber wenig Bedeutung. Es müsse auch von unserer Seite etwas getan werden. In Königsberg seien schon seit über einem Jahre Richtlinien festgelegt, die sich ganz im Sinne der neuen Höchstmietverordnung bewegen. Auch sind dort für die im Besitz der Stadt befindlichen Mietshäuser Mietsverträge geschlossen worden, die im starken Gegensatz zu den Mietsverträgen der privaten Hausbesitzer stehen, die den Mietern nicht einmal die im bürgerlichen Gesetzbuch festgelegten Rechte gewähren. Der Vorsitzende Genosse Crispian sagte zu, daß der Vorstand sich um diese Angelegenheit kümmern werde.

Genosse Städter bot darum, die kommunale Zeitschrift „Die sozialistische Gemeinde“ mehr durch Abonnement und schriftstellerische Beiträge zu unterstützen. Auch solle alles Material, was für kommunalpolitische Fragen wichtig sei, dem Zentralkomitee zur Verfügung gestellt werden. Die Zentrale werde Hand in Hand mit dem kommunalpolitischen Beirat ein kommunalpolitisches Programm schaffen, und alle Anregungen und Wünsche sollten ihm zugeandt werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Crispian verweist noch auf einen Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“, in dem er persönlich angegriffen wird. Es wird darin behauptet, er habe nicht nur die Weltrevolution, sondern auch die Partei verraten, als er mit dem französischen Genossen Joffroy über den Anschluß an die dritte Internationale gesprochen habe. Crispian stellt fest, daß das eine falsche Unterstellung sei, die er zurückweise.

Mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des Kongresses, die hauptsächlich auf die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter im Reich wohl nutzbringend wirken möge, schloß Crispian die Konferenz.

Steuerdebatten in der Nationalversammlung.

144. Sitzung, Montag, den 1. März, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt Abg. Cohn (Nes.) einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmestandes für den Regierungsbezirk Düsseldorf an, den wir an anderer Stelle wiedergeben.

Das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen wird ohne Ausprache dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Darauf Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes.

Bei § 12, der das nichtversteuerbare Einkommen behandelt, beantragt Abg. Seeger (Nes.): Die Bestimmung, daß die Naturbesitzer der Angehörigen der Wehrmacht steuerfrei sind, ist eine ungehörige Bevorzugung der Reichswehr. Wir beantragen Streichung.

Abg. Dernburg (Dem.) lehnt den Antrag Seeger ab.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Ein Gufregen war herniedergerauscht. Wallend und stehend schob das sonst so ruhige Wasserlein zwischen den zwei Hügel dahin; auf der Höhe des einen stand ein großes, solches Gehöft, am Fuße des andern, längs den Ufern des Baches, lag eine Reihe von kleinen Hütten.

Die letzte dieser Hütten war arg verwahrlost, der Türstock stand fast frei in der geborstenen Mauer, die Fensterlöcher hingen kiel, hier und da guckte ein nackter Stein aus dem rauhen, verwitterten Anwurf hervor, und wenn auch die ärgsten Risse und Verflänge mit Lehm verschmiert und mit Heu und Stroh verstopft waren, so machte das den Anblick nicht besser. Dahinter stieg ein schmaler Streifen bearbeiteten Bodens hinan, bestellt mit eilichen Gemüsegärten, einem Acker mit Krautköpfen und einem andern mit Kartoffelpflanzen. Die Einfriedung dieses Bestandes war mehr angeordnet als wirklich, von Schlingpflanzen umwucherte Pfähle standen weitab voneinander, und quer zwischen deren gabelförmigen Enden lagen vermorschte, kahlle Wurzeln.

Wenn der Bach, in den sie allen Unrat leiteten und warfen, träge dahinfließ, dann machte er der ärmlichsten Siedlung viel Unlust, denn besiel auch die Beschränktesten da unten eine unklare Empfindung, in welcher Enge, in welchem Schmutz sie dahinlebten, aber heute wuschen die Wasser dahin, und in die kühlende Feuchte der Luft mischte sich frischer Erdderuch und würziger Pflanzenduft, und auf dem Sternsteinhof dort oben konnten sie es auch nicht wohl-anziger und gesünder haben.

Auf dem Hügel vor der letzten Hütte sah ein etwa vierzehnjähriges Mädchen, außer einem Kopftuche, einem Hemdchen von ungebleichtem Leinen und einem verwaschenen, blauen, weißgetüpfelten Röschchen hatte es nichts am Leibe. Die Kleine hatte die Hüfte an sich gezogen, daß sie in der Luft baumelte, nur monoton stredte sie den linken Fuß, drückte die Sohle in die feuchte Erde und sog nach dem Grütchen, bis sich dieses mit Wasser füllte, dann war der

Schub fertig. Ja, wer Schube hätte, der könnte unter die reichen Leute gehen, wohl auch da hinauf nach dem Sternsteinhof.

Sie hob wieder das Köpchen. Von ihrem Gesichte war nichts zu sehen als das runde Stirn, der untere Teil der vollen Waden und die Spitze der kleinen Nase zwischen dem Spalt des Kopftuches, das sie zum Schutze der Augen tief in die Stirne gezogen hatte, denn das war auch nötig, hinter dem Hügel, ihr im Rücken, ging eben die Sonne unter und daher kramten die Fenster des Gehöftes, nach dem sie so unverwandt hinsah, in sprühendem Feuer. Das nasse Schieferdach des Wohnhauses, das dort inmitten weißlicher Wirtschaftsgäude stand, verdämmte förmlich in dem tiefschwarzen Grau der Wolken, die dahinter standen, und nur an den Rändern einen ganz schmalen, rotgoldenen Saum zeigten, so daß es fast aussah, als reiche der Sternsteinhof bis an den Himmel.

Wunder hätte es das Kind nicht genommen! So weit der Himmel reicht — oh, wie weit war das —, gehört aller Boden zum Sternsteinhof, und noch ein gutes Stück ebenen Landes dazu. Was die Wiesen an Vieh ernähren konnten, die Acker zu tragen vermochten, das hatte der Sternsteinhofbauer in Ställen und Scheunen. Das sagten ja die Leute, daß ihm alles wie vom Himmel fiel, seit er den feurigen Stein, die Sternsteinheute, die just zur Zeit, als er den neuen Hof zu bauen begann, auf seinen Grund herniederstieß, aus der Erde heben und in das Fundament einmauern ließ.

Während wirbelte inmitten des dunklen Grau ein helles, sandfarbiges Wölkchen lustig empor, der Rauch, der aus einem der Schornsteine über dem Schieferdache aufstieg. Das Mädchen starrte danach hin und seufzte leise. Von der Seite gesehen, mit dem übergebundenen Tüchlein, dessen Zipfel hohl und tief das Gesicht verdeckte, mußte sich ihr Köpchen wie das eines kurzschneißigen Vogels ausnehmen, und nachdem sie vorher noch dem Goldrande der Wolken aufgeschaut hatten, und nun gerade vor sich hinsah, so war es, als hätte zuerst der Vogel etwa aus der jungen Saat in die blaue Weite geschaut, und plötzlich beugte er etwas ganz Nahes und begann sich, ob er darauf losgehen solle.

Ganz so sah es wenigstens nach der Meinung eines

halbwüchsigen Bäckchens aus, das schon längere Zeit hinter den Zweigen der mannshohen Büsche im Vorgärtchen der Nachbarhütte lauerte. Als der pudige Vogel da drüben den Schnabel senkte, übermannte den Bäckchen die Lustigkeit seiner Vorstellung so, daß er mit dem Knebel, den er sich aus einem seiner Hemdbügel drehen wollte, um den lauten Ausbruch seiner Heulerkeit zu ersüßen, nicht mehr rechtzeitig zustande kam, und nun in ein prüfendes, größendes Lachen ausbrach, dem aber sofort ein trampartiger, pfeifender Husten folgte.

Die Kleine schrak anfangs heftig zusammen, jetzt aber klatschte sie in die Hände und rief lachend: „Siehst, das geschieht dir recht, Maderl, das ist die Strafe dafür, daß du die Leute so erschreckst.“

Was auch der Angeredete zu entgegnen gedachte, eine Entschuldigung oder Grobheit, für den Augenblick mußte der die eine wie die andere für sich behalten. Er lehnte an der Mauer und rang nach Luft, und in sein Gedächtnis klang das helle, fröhliche Lachen von drüben.

Eine dralle, behäbige Frau setzte mit einem ärgerlichen Rucke Pfanne und Topf, die sie eben zur Hand genommen, auf den Herd zurück und trat unter die Lüre.

„Was gibst denn da wieder für Dummeleien?“ sagte sie. „Maderl, du wärst wohl jetzt alt genug, um geistlich zu sein.“

„Es ist ja aber weiter nir, Mutter, als a Wiffel a Seg.“ sagte der Bäckchen.

Die mütterliche Mahnung an sein Alter schien allerdings wohl angebracht. Wie er so dastand, karbunzig und hartfellig, in Hundsmeln, verlegen an dem einen einzigen Hosenknopf zerrend, erschien er so engbrüstig, so dünn in der Entwicklung zurückgeblieben, kaum so groß wie das Tüchlein von der Hüfte nehem, und er mag es wohl ein um das andere Mal vergessen, daß er volle drei Jahre mehr zählte, wie denn auch die Leute, denen davon gesagt wird, sich gewöhnlich wiederholen lassen und dazu noch den Kopf schütteln.

Für Personen, die schon etlichemal die Gelassenheit wahrnehmen, wohlangebrachte Mahnungen zu äußern, hatte es sicher nichts Ueberraschendes, daß Maderl, sobald ihm die Mutter den Rücken lehnte, zum Vorgärtel hinausquittete.

(Fortsetzung folgt.)

Bei der Abstimmung über einen Antrag Wehlich der Deutschsozialen, die steuerliche Belastung des Grundbesitzes von 10 auf 6 Jahre herabzusetzen, entfielen Schwierigkeiten, da eine Mehrheit nicht erreichbar ist. Für den Antrag stimmen mit den Rechtsparzellen das Zentrum und einige Demokraten.

Die Abstimmung muß durch Sammelprüfung erfolgen. Es stimmen 67 Abgeordnete dafür, 100 dagegen. Das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Zweite Sitzung.

Nach Wiederbeginn der Sitzung wird § 12 angenommen. Zu § 13 beantragt Abg. Wehlich (Dnat.) erweiterte Abzugsfähigkeit des Abnutzungswerts der Gebäude und Inventarien. Abg. Gohlein (Dem.) unterstützt den Antrag und stellt einen eigenen, Beiträge zu politischen oder kulturfördernden Vereinen steuerfrei zu lassen. Nach Erwiderungen des Unterstaatssekretärs Koelbe zieht er seinen Antrag zurück.

Abg. Beder (D. Sp.) beantragt die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvereinigungen, wie Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. Dasselbe muß gelten für die Beiträge zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter.

Abg. Dr. Mumm (Dem.): Vernünftige, berechnete Abschreibungen sollen natürlich berücksichtigt werden. Die Abzugsfähigkeit der Beiträge für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften aber hat der Ausschuss abgelehnt, weil daraus der Steuerbehörde große technische Schwierigkeiten erwachsen würden.

Abg. Reil (Soz.) beantragt, daß die Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch die Erwerbsfähigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden würden. Dem Antrag wider, auch die Beiträge zu Berufsvereinigungen abziehen zu lassen, widersprechen wir aus steuerlichen Gründen; die Erleichterungen für den einzelnen sind zu geringfügig als der Steuerentgang des Reiches. Außerdem würden diese Abzüge nicht auf die reinen Berufsvereinigungen beschränkt bleiben. Einem ungeschickten, selbständigen Abzug muß unter allen Umständen vorgezogen werden. Sollte der Antrag aber durchgehen, dann muß das Abzugsrecht auch für die übrigen Berufsvereinigungen, die Gewerkschaften usw. gelten.

Abg. Mumm (Dnat.) wünscht Wiederaufnahme des Antrages Gohlein und wünscht Ausdehnung auf religiöse Gemeinschaften. Abg. Reil (Soz.) hat Bedenken gegen eine Wiederaufnahme des Antrages Gohlein.

Der Antrag auf erweiterte Abzugsfähigkeit für Erneuerungen und Mischstellungen wird abgelehnt gegen die Stimmen der Rechten und des Abg. Gohlein.

Betriebsräte.

Bereit sein!

Wir haben vom ersten Tage der Vorbereitungen für die Wahlen der Betriebsräte an betont, daß es unmöglich ist, die Wahlbewegung jeden politischen Charakters zu entkleiden. Ganz abgesehen davon, daß die in Nürnberg beschlossene parteipolitische Neutralität nicht ehrlich gemeint ist, ist sie doch vor allem undurchführbar, und das besonders in dem vorliegenden Falle. Unethisch ist sie, weil sie nur den Zweck hat, die politisch orientierte Kritik an verteillichen und verderblichen politischen Methoden der Gewerkschaftsbürokratie zu fesseln, und undurchführbar ist sie bei den Betriebsrätewahlen, weil die Arbeiterkraft aus politischen Motiven heraus zu dem Befehl und den Betriebsräten verschiedenartig Stellung nimmt. Selbst wenn man bei der gegenwärtigen Wahlbewegung gar nicht an die Wirkungen und Aufgaben der Betriebsräte denkt, die ebenfalls von den Arbeitern und Angestellten je nach ihrer politischen Stellung verschieden bewertet werden, selbst dann kann nur ein Minder oder ein Betrüger hoffen, die Arbeiterkraft könnte bei den Wahlen von jeder politischen Betrachtungsweise Abstand nehmen und sich auf dem Boden einer unaufrichtigen Neutralitätsparole sammeln.

Wir haben diese Auffassung, wie gesagt, von Anfang an vertreten. Auch noch gegenüber der Entschließung des Gewerkschaftsbundes. Und wir haben unsere Genossen aufgefordert, nach dieser Einsicht zu handeln. Eine Verfestigung der Gegensätze schien uns verderblich, ein offenes Klubstrage n des Gegenseites im ehrlichen Meinungskampfe erschien uns förderlicher als das heimliche gegenseitige Belauern der Parteien hinter dem bewirkenden Lukenwerk einer Parole, die Neutralität und „Einheitsfront“ vortäuscht.

Leider ist diese Kampfmethode nun doch zur Praxis geworden. Wir wußten, daß die Rechtssozialisten ihre Vorbereitungen für den Wahlkampf nach politischer Parole getroffen hatten, lange bevor von unserer Wahlparole für revolutionäre sozialistische Betriebsräte die Rede war. Anfangs haben sie gelehnet. Jetzt lassen sie ein Bekenntnis nach dem anderen ab. Der jüngste Wahlauftritt der Berliner Rechtssozialisten und ihres geliebten Vollzugsrates zeigt so deutlich, wie die Entschleierung der rechtssozialistischen Berliner Metallarbeiter, daß die Leute um Franz Krüger, Probst und Cohen ihre Vorbereitungen nicht umsonst getroffen haben wollen. Auf beide Reaktionen sind wir in den letzten Tagen eingegangen. Sie enthalten die unverkündete Aufforderung an die rechtssozialistischen Arbeiter und Angestellten, überall dort, wo sie in der Minderheit sind, d. h. wo es ihnen nicht möglich ist, unter der Maske der freigewerkschaftlichen Listen ihre Politik zu betreiben, mit eigenen parteipolitischen Listen vorzugehen.

Wir werden diesen Kampf aufnehmen. Schon als unsere Berliner Gewerkschaftsanhänger ihre Wahlpolitik änderten, um im gegenwärtigen Augenblick den Konflikt mit den Zentralvorständen zu vermeiden, schrieben wir, daß es trotzdem bei der ausgearbeiteten Wahlparole bleiben muß: Für revolutionäre sozialistische Betriebsräte! Das bedeutet, daß den Kandidaten, die auf die Liste gesetzt werden sollen — und sei es auch die freigewerkschaftliche Liste — alle jene Verpflichtungen aufzuerlegen sind, die unsere Wahlparole enthält. Wir wiederholen sie:

Die Kandidaten sind Gegner der „Arbeitsgemeinschaften“ und erstreben den Umbau und Ausbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen.

Sie erklären weiter, den Aufbau eines Parteiensystems, das als Kampfmittel zur Beseitigung des kapitalistischen Systems zu wirken hat und dem die Aufgabe zufällt, die Überleitung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische vorzubereiten.

Sie verpflichten sich, sofort ihr Amt niederzulegen, wenn es die Mehrheit ihrer Wähler in einer Betriebsversammlung fordert.

Die Arbeiterkraft muß sich auf diese Art der Gesinnung und der Willensfestigkeit ihrer Vertrauensleute verlassen. Die Wahlparole ist schon von vornherein für notwendig, so zwingt uns doppelt die Haltung der Rechtssozialisten dazu. Nur durch ein klares Aussprechen ihrer Forderungen, die sie an die Betriebsräte — als Funktionäre wie als Gemeinschaftsorgane — zu stellen haben, kann sich die Arbeiter- und Angestelltenschaft davor hüten, daß linke Schwärmer unter falscher Färbung das Vertrauen der Wähler erkaufen. Das wollen wir verhindern durch eine absolut klare Parole. Das muß nun erreicht werden durch verstärkte Aufmerksamkeit unserer Genossen. Und überall, wo wir mit diesem Bestreben in der Minderheit bleiben, müssen nun auch unsere Genossen durch die Aufstellung eigener Listen ihrem Willen Geltung schaffen.

Darum heißt es, bereit sein! Der Wahltermin rückt näher. Die Vorbereitungen müssen beschleunigt werden. Sie sind von unseren Genossen zu treffen für die Wahl revolutionärer sozialistischer Betriebsräte. Und nur für sie!

Kleine Anfrage.

Genosse Kunter hat in der Ratkonferenz folgende Anfrage an die Regierung eingebracht:

Ist die Reichsregierung gewillt, auf die Betriebsräte gesetzlich das Recht und die Pflicht zu übertragen, allen Vorkommnissen oder Maßnahmen innerhalb der Betriebe, die sich charakterisieren als Kapitalflucht, Steuerhinterziehung, Aktienhandel, Verschleuderung von Warenwerten bei der Ausfuhr, Preiswucher usw. mit aller Kraft entgegenzuwirken, um derartige geschehene und gemeinschädliche Handlungen ganz oder nach Möglichkeit zu verhindern?

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Klein- und Mittelbetriebe! Heute abend finden zehn Versammlungen statt mit der Tagesordnung: Die Betriebsratswahlen. Siehe Inserat in der Montag-Morgennummer.

Gewerkschaftliches.

Schwarze Listen.

Sie feiern ihre Auferstehung, diese schamhaftesten Mittel der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiterkraft. Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen in Berlin verlor unter dem Datum des 10. Februar 1920 an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben:

In dem Betrieb unseres Mitgliedes Firma Karl Steder, O. 34, Kommander Straße 36 und SO., Gröner Straße 10, haben trotz Anerkennung des Schiedsspruches dieser Firma, sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern, trotzdem ihnen seit Dezember eine Zulage von M. 1.10 gezahlt worden ist, eine neue Zulage von 1 M. pro Stunde. Wer warnen unsere Mitglieder die hier Benannten einzustellen.

Es folgen dann die Namen von 29 Arbeitern mit Angabe der Nummern ihrer Krankenkassenbücher. Das Schreiben trägt die Unterschrift Dr. Reiner.

Die Begründung für diese Schamerei, die Arbeiter hätten die Arbeit niedergelegt, obwohl die Firma einen Schiedsspruch anerkannt habe, ist gut. Weinst die Firma, daß die Anerkennung eines Schiedsspruches das Streikrecht der Arbeiter aufhebt? Zwar ist das das Ziel der Schwarzmacher, das erreicht werden soll durch das Antistreikgesetz, aber noch ist es nicht so weit.

Im übrigen: Gehörte nicht die Unterlassung der Besetzung schwarzer Listen zu den Bedingungen, die die Generalkommission vor dem Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft stellte?

Wiederaufnahme der Arbeit in den Mühlen.

Mit den Mühlenbesitzern Groß-Berlins ist eine vorläufige Einigung erzielt. Die streikenden Mühlenarbeiter beschloßen nach einem Bericht der Lohnkommission und der Verbandsvertretung, die Arbeit am heutigen Dienstag früh wieder aufzunehmen.

Nach dem vom Schlichtungsausschuß genehmigten Abkommen zwischen der Unternehmer, trotzdem noch keine Neuregelung der Mühlenlöhne seitens der Reichsregierung vorgenommen ist, ab 16. Februar 10 M. die Woche zuzulagen. Sie hoffen, daß bei der am 12. März stattfindenden Sitzung mit Stellvertretern der Regierung eine derartige Regelung der Mühlenlöhne seitens der Reichsregierung vorgenommen wird, und daß man dann noch die weiteren berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer vollständig bewilligen kann. Der Lohn würde demnach jetzt vom 16. Februar 180 M. bzw. 165 M. und für die Frauen 120 M. die Woche betragen. Außerdem würde ab 1. Januar die einschlägliche 15. Februar eine mit zurückwirkender Kraft in Geltung tretende Feuerzulage von 15 M. die Woche gezahlt werden. Neben die anderen Punkte, Dauer des Tarifvertrages usw., soll dann nach dem 12. März endgültig verhandelt werden.

Die Bewegung der Anwaltsangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hat am Sonntag, den 29. Februar, für die Anwaltsangestellten eine öffentliche Versammlung in den Arminalhallen einberufen, in der Bauer den Bericht über den Schiedsspruch gab, den die „Freiheit“ bereits in der Sonnabendnummer zum Abdruck gebracht hatte. Nachdem in einer Mitgliedsversammlung der Angestellten, diese sich für Annahme des Schiedsspruches ausgesprochen hatten, teilte der Berliner Anwaltsverein dem Zentralverband mit, daß sie unter der Voraussetzung, daß die Gruppeneinteilung nach dem Schiedsspruch vom 30. Juni festgelegt wird, bereit seien, den Schiedsspruch anzuerkennen. Sie erklärten sich auch bereit, für die Einmündigten einen Zuschlag von 10 Prozent zu gewähren. Dieses Angebot lehnte die Organisationsleitung der Angestellten ab. Nach mehreren vergeblichen Verhandlungen mit den Vertretern der Anwälte, forderte Bauer den Reichsarbeitsminister auf, für die Angestellten bei den Anwälten die Anerkennung des Schiedsspruches zu erzwingen. Nachdem die vom Reichsarbeitsminister ernannte sechsköpfige Verhandlungskommission aus dem Verband der Anwaltsangestellten, erklärte das Reichsarbeitsministerium auch kurzer Beratung den Schiedsspruch für rechtsverbindlich.

Der Berliner Anwaltsverein hatte erklärt, daß sie gezwungen wären, viele ihrer Angestellten zu entlassen, falls der Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklärt werden sollte. Bauer betonte, daß die Kollegen eventuelle Kündigungen getroßt abwarten können. Die Organisation ist jederzeit in der Lage, alle in den Berliner Anwaltsbüros beschäftigten Angestellten anderweitig unterzubringen. Bezüglich für den Geist eines Teiles der Berliner Anwälte sind folgende Tatsachen: Herr Scheimer Justizrat Rüdiger Postdammer Straße, kündigte seinem 22 Jahre bei ihm beschäftigten Bureauvorsteher, weil dieser die Erfüllung des Tarifvertrages verweigert habe. — Herr Justizrat Weich und

Herr Dr. Krumm kündigten dem bei ihren 18 Jahre Beschäftigten Bureauvorsteher aus dem gleichen Grunde. — Herr Justizrat Roßberg und Dr. Sühnding kündigten dem zweiten Bureauvorsteher und dem Registrator mit der Begründung, monatlich für diese Posten mehr als 400 M. bezahlen zu können.

Bauer wies darauf hin, daß die Kollegen jetzt dafür zu sorgen hätten, daß der Tarifvertrag von allen Anwälten anerkannt würde. Wo dies nicht gelänge, muß dies sofort der zuständigen Organisation mitgeteilt werden. Nur ein solcher Zusammenschluß der Angestellten in ihrer Berufsorganisation diene die Gewähr, daß auch den Anwaltsangestellten ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.

Nach lebhafter Diskussion wurde der Organisationsleitung in einer Entschließung die Anerkennung für die Führung der Tarifbewegung ausgesprochen.

Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen nahm am Sonntag im Wilmersdorfer Brauhaus die Wahl des Vorsitzenden für die Berliner Jahreshilfe vor.

Von den abgegebenen 849 Stimmen erhielt der bisherige Vorsitzende Schumann 442 Stimmen, der Oppositionsführer Piepmann 395 Stimmen. Schumann ist somit wiedergewählt.

Bei der Beratung der Anträge zum nächsten Verbandstag wurde ein Antrag beschloßen, der die Rechte der Mitglieder erweitern soll. Da damit gleichzeitig eine Beschränkung der Rechte des Vorsitzenden und der Angestellten ausgesprochen ist, wandte sich Schumann dagegen, da nach seiner Meinung das Verantwortungsgesetz der Angestellten leide, wenn sie nur ausführende Organe sind. Trotzdem wurden alle gestellten Anträge angenommen. Desgleichen wurde ein Antrag der Verwaltung angenommen, der vom Verbandstag verlangt, den größeren Jährlichen mehr Einfluß im Beirat einzuräumen. Des weiteren wurde beschloßen, den Beirat und Hauptvorstand zu ersuchen, sofort einleitende Schritte zur Bildung der Industriekongressorganisation zu unternehmen.

Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag verlangte die Opposition, nur Kandidaten auszuwählen, die Anhänger des Wohlwollens und Gegner der Arbeitsgemeinschaften sind. Auch dagegen wandte sich Schumann; es müsse jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben werden, sich zur Wahl zu stellen. Die Versammlung stellte jedoch nur Oppositionskandidaten auf.

Die Delegiertenwahl zu dem am 5. Mai l. J. beginnenden Verbandstag wird am 21. März durch Urwahl beschlossen werden.

Vierteljahrsversammlung der Steinseher.

Die Steinseher hielten Donnerstag abend eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende Sibura den Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern gab. Letztere hätten es schließlich abgelehnt, noch weiter mit der neuen Lohnkommission über eine Wirtschaftsbefehle zu verhandeln, und gaben als Grund an, daß er, Sibura, die Unternehmer durch die Bezeichnung „Ausbeuter“ beleidigt habe und außerdem in der Lohnkommission Steinseher seien, die im Regiebetrieb beschäftigt seien. Sibura betonte, daß der Ausdruck „Ausbeuter“ berechtigt gewesen sei, denn die Unternehmer hätten sich eine zehnprozentige Lohnhöhung, die sie zuerst angeboten hatten, wieder rückgängig gemacht. Dabei erzielten sie bei ihren Arbeitern Preise, daß sie sogar 10 Mark Stundenlohn bezahlen könnten.

Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und in der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Beibehaltung der neuen Lohnkommission aus.

Weim Kassenbericht, den der Kassierer P. Lehmann gab, wurden die hohen Ausgaben des Zentralvorstandes mit Entschiedenheit angegriffen und mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die neue Leitung der Filiale Berlin im letzten Vierteljahr 6000 Mark weniger Ausgaben hatte als die alte Leitung im vorhergehenden, trotzdem der Gewinn inzwischen gesunken ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Unter „Verschiedenes“ wies Sibura auf den bevorstehenden Verbandstag (7. März in Dresden) hin, und teilte mit, daß die Kandidaten J. Sibura, P. Lehmann und J. Schübe mit großer Majorität als Delegierte gewählt worden sind. Von Kollegen aus Charlottenburg und Schöneberg wurde mitgeteilt, daß die Mehrzahl der dortigen Mitgliedschaft geschlossen hinter der Opposition stehe.

Generalversammlung der Steinarbeiter.

In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung der Zehlfabrik Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter wurde der Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gegeben. Die Produktion, besonders unter den wechlichen Mitgliedern, war außerordentlich stark. Die Zehlfabrik gab im Laufe des letzten Quartals 1919 1106 Mitglieder. Bei der anschließenden Vorstandswahl wurde Genosse Doman zum Vorsitzenden gewählt.

Durch Beschluß wurde die Sektion 3 verpflichtet, sich in Zukunft den Beschlüssen der Filiale zu unterwerfen.

Weiter wurde eine Beitragserhöhung ab 1. 3. einstimmig beschlossen und zwar für männliche Mitglieder auf 2,50 M., für weibliche Mitglieder auf 1,75 M. pro Woche.

Durch Annahme einer Resolution in einer früheren Versammlung wurden die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung für den bevorstehenden Massenkampf, des revolutionären Kampfes, Wählung der Arbeitsgemeinschaften und Anerkennung des wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks verpflichtet. Die Versammlung wählte als Delegierte die Genossen Holzjäger und Wengel.

Teuerungszulage in der Darm- und Häutebranche.

Die Arbeiter der Häuteverwertungen und Darmfleischereien haben mit den Arbeitgebern eine Einigung dahingehend getroffen, daß der Lohn ab 1. Februar von 180 Mark auf 170 Mark erhöht wird. In den Häute- und Fleischhandelsbetrieben werden zu dem bestehenden Tariflohn von 130 Mark pro Woche 100 Mark für Arbeiter und 75 Mark für Arbeiterinnen ab 1. Januar pro Monat ausgezahlt.

Mit der Arbeitgebervereinigung im Darmgewerbe Groß-Berlin (Sortierhallen) ist eine Einigung dahingehend erzielt, daß den Arbeitern ab 1. Februar zu dem bestehenden Tariflohn 94 Mark, den Arbeiterinnen 25 Mark und den Jugendlichen 20 Mark pro Woche zugesagt werden. Betreffs der Anzahlzahlung ab 1. Januar, soll das Schiedsgericht angeufen werden.

Tariffbewegung der Asphaltseure.

Wegen Ablaufes des Tarifvertrages am 1. April beschäftigten sich am Sonntag die Asphaltseure mit der Beratung eines neuen Tarifvertrages. Als Grundlohn werden mindestens 5 M. die Stunde gefordert. Außerdem sieht der Entwurf u. a. einen Urlaub von 6-24 Tagen vor und Teuerungszulagen, die den Preisen der Lebens- und Verbrauchsmittel Rechnung tragen. Entlassungen und Niederlegung können ohne Einhaltung von einer bestimmten Frist erfolgen. Der Vertrag soll längstens auf die Dauer von drei Monaten abgeschlossen werden.

Ein Beschluß bestimmt als Publikationsorgan die „Freiheit“.

Arbeiter von Ludwig Lwe! Der Betrieb wird heute morgen wieder aufgenommen. Der Arbeiterat.

Achtung, Streik-Kongress! Mit Rücksicht auf die sehr notwendigen Betriebsversammlungen soll unsere ordentliche Arbeitstätigkeit diesen Monat aus.

Elternbeiratswahlen.

Nur sechs Tage trennen uns von den Elternbeiratswahlen in Berlin-Stadt und Charlottenburg. Das Bürgerum rüstet mit aller Kraft. Bei den bisherigen Wahlen schlossen sich zumeist konservative, Zentrumseute und Sozialisten zusammen, um in einer sogenannten neutralen christlichen Liste geschlossen gegen das anstürmende proletarische Front zu machen. Proletarische Eltern! Wollt ihr, daß auch fernerhin die Bourgeoisie eure heranwachsende Jugend allein in Obhut nehme und für ihre Zwecke mißbraucht und künftig macht? Genossen! Laßt euch nicht täuschen durch die Reformversprechungen, die man euch macht. Nicht ein Stückchen Freiheit und Gleichberechtigung wird die Schulreaktion euch lassen, wenn ihr nicht durch die unwiderstehliche Massengewalt eurer geschlossenen revolutionären Willens euch euren Einfluß in der Schule sichert. Soll man weiter in den Schulen eure revolutionäre Bestimmung bekämpfen und eure Kinder benachteiligen? Nehmt daher die Elternbeiratswahlen nicht auf die leichte Schulter, agitiert in den Versammlungen für mehrere sozialistische Erziehungsziele. Macht die Köpfe der Proletarier auf und erkeint volltätig am Tage der Wahl, damit allen Läden und Geschäftlichen der Revolution zum Trotz in den Elternbeiräten von Berlin der Gedanke des Sozialismus herrschend ist.

Versammlungen.

12. Bezirk. 2. Städtische Mädchen-Mittelschule. Mittwoch 7 1/2 Uhr in der Aula der Königl. Bildh. Prax. Greifswalder Straße 15, Eltern-Versammlung. Vorträge des Herrn Lehrer Dr. Ausland und der Co-Lehrerin Frau Fräulein Dr. Gerhardt. Vollständiges Erscheinen der Genossen unbedingt erforderlich.

Groß-Berlin.

Kohlenpreis und Straßenbahntarif.

Aus allen Teilen des Reiches kommen Mitteilungen über die Erhöhung der Straßenbahntarife. In Düsseldorf soll nach einer Vorlage des Magistrats der Tarif der städtischen Straßenbahn in Abhängigkeit gebracht werden vom Kohlenpreis. Danach soll der Fahrpreis für eine Fahrt über eine Teilstrecke bei einem Kohlenpreis bis zu 16.50 Mark 15 Pfennige, bis zu 17.50 Mark 20 Pfennige, bis zu 18.50 Mark 25 Pfennige betragen. Bei dem heutigen Kohlenpreis kommt ein Fahrpreis von 60 Pfennig in Betracht.

Rum ist das Unkostenkonto eines Straßenbahnbetriebes nicht lediglich abhängig vom Kohlenpreis, und es ist doch sehr bedenklich, den Tarif allein darauf einzustellen. Man will erreichen, daß der Fahrpreis automatisch steigt, wie das in Berlin mit dem Preis für den Verbrauch von Elektrizität der Fall ist.

An der Sache wird durch derartige Klauseln nichts geändert. Bestehen bleibt, daß das Publikum immer höhere Fahrpreise zahlen muß. Ob das durch höhere Kohlenpreise und Materialpreise eintritt, ist dem fahrenden Publikum gleichgültig.

Errichtung eines städtischen Jugendamtes in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverwaltung beabsichtigt demnächst, ein Jugendamt einzurichten, das die gesamte öffentliche und private Jugendfürsorge und Jugendpflege Charlottenburgs zusammenfassen und ferner bei der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge, der Schulkindersfürsorge und der Fürsorge für die schulunfähigen Jugend mitwirken soll. Den Zusammenfluß aller auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Jugendpflege tätigen Kräfte stellen die beiden Hauptausschüsse für Jugendfürsorge und Jugendpflege dar; sie unterstützen das Jugendamt in seiner Aufgabe, die Arbeit an der Jugend lebendig und einheitlich zu gestalten.

Die Leitung des Jugendamtes wird in den Händen einer ständigen Deputation für Jugendwohlfahrt liegen, die die Aufgaben der ständigen Deputation für die Wohlfahrtspflege übernehmen wird. Als Deputationsmitglieder sind vorgesehen: 1. Stadtrat, 2. Stadtverordnete, 3. Bürgerdeputierte, 4. Kreisrat, 5. Kreisrätin, und je ein Vertreter der privaten Vereine für Jugendfürsorge und Jugendpflege, der Jugendrichter des Amtsgerichts Charlottenburg, der Leiter des Jugendamtes, ein Gemeindevorsteher und ein Gemeindevorsteherin. Als Geschäftsstellen sind geplant eine Zentralstelle, das Jugendfürsorgeamt und das Jugendpflegeamt.

Der Zentralstelle liegt ab, außer der Bearbeitung der allgemeinen Jugendwohlfahrtsangelegenheiten die Einrichtung und Verwaltung einer Zentralstelle, Auskunftsstelle, Ausleih- und Vermittlungsstelle, die Verwaltung von Wohlfahrtsleistungen, die Unterhaltung von Kinderheimen und Horden, das Vorkostenstellen und die Geschäftsführung des Gemeindevorsteheramtes.

Das Jugendpflegeamt bearbeitet die Anknüpfungsarbeiten des Hauptausschusses für Jugendpflege, fördert die Jugendpflegevereine (Gewinnung von Veranlassungsräumen, Sportplätzen, Bädern und Schwimmhallen, Theater, Konzert-, Musikbesuch, Teilnahme an Festen für Sportfeste, Fortbildung von Jugend- und Lehrkräfte, Fort und Wanderfahrten) und vermittelt Zusammenkünfte für die schulunfähige Jugend.

Holzappel auch seiner Mutter. Als gestern morgen kurz nach 7 Uhr Genie an der Wohnung der Frau Holzappel im Hause, verlor diese, ihm den Einlaß zu verwehren. Heute stieß aber die Frau befehle, stürzte in das Zimmer, in dem Holzappel nach dem Wette lag und feuerte mehrere Schüsse aus seinem mitgebrachten Revolver auf ihn ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und erschoss sich. Holzappel liegt durch mehrere Schüsse getroffen, schwer darnieder. Genie hat einen Bruch erlitten, in dem er schreit, wie er das Opfer seiner Leidenschaft geworden und durch diese zu dem Verzweiflungsschritt getrieben worden sei.

Eine Holzappelwerkstatt, die sich mit der Herstellung von Dornschloßschlüsseln über zwanzig Jahre bestanden wurde gestern von der Kriminalpolizei ausgebrochen und sowohl Hersteller, Mitarbeiter und Vertreter, insgesamt fünf Personen, verhaftet. In der Zeit ist eine Nachzahlung der letzten Ausgabe der Hinzugschloßscheine in den Verkehr gebracht worden; so daß sich das Reichsbanditenkorps veranlaßt sieht, vor dieser neuen Fälschung zu warnen. Es handelt sich um die grünen Hinzugschloßscheine der Ausgabe vom 21. Juni 1919, Reihe 2. Die Fälschung ist bei einiger Aufmerksamkeit von den echten leicht zu unterscheiden, so daß sich das Publikum selbst zu einem guten Teil schützen kann, wenn es das Papiergeld nicht unbedenken annimmt, sondern einer kurzen Prüfung unterzieht. Der Gesamteindruck der neuen Fälschung liegt in der Druckausführung gegen den deutlichen, klaren Druck der echten Scheine schon ab. Besondere Kennzeichen sind noch das weiche, lappige Papier und daß die Rückseite, die schmutzig wirkt, auf dem Kopf steht. Auf der Vorderseite ist das Fehlen des Nomina hinter den Tausendern, das bei den echten Notizen der Reihe 2 im Gegenstand zu denen der Reihe 1 vorhanden ist, ein besonders auffälliges Merkmal.

Am Sonntagverkehr auf der Strecke nach Neuruppin tritt von Sonntag, den 7. d. M., eine Zugvermehrung ein. Von diesem Tage ab werden die Züge 633, ab Stettiner Bahnhof 11.57 wohn. nach Neuruppin, an 12.55 mittags, und 634, ab Neuruppin 3.45 wohn., an Stettiner Hf. 9.48 abh. wieder regelmäßig verkehren.

In der Versammlung des Bundes Neues Vaterland, Mittwoch, den 2. März, 1/2 Uhr, „Neue Welt“ (Hafenstraße), wo Helmut von Gerlach über „Die Kriegsgrenze und ihre Sühne“ sprach, werden außerdem Pastor Stande von der Deutschen Friedensgesellschaft und Medailleur Karl Veiter vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer den Protest ihrer Vereinigungen gegen die herauskommende Reaktion des neuen Militarismus begründen.

Die gesunden Sachen vom Kindertransport Jügend und Koppenhagen sind abgeholt vom städtischen Jugendamt, Jüdenstraße 22, Zimmer 7.

Aus dem Gemeindeleben.

Merkelhof. In der letzten Gemeindevorsteher-Versammlung wurde die Luftkassenssteuer-Ordnung nach dem Muster Berlins angenommen mit der Einschränkung, daß alle Veranlassungen, die der Bildung und Bezahlung dienen, von dieser Steuer befreit bleiben. Der von unserer Fraktion eingebrachte, vom Genossen Klodt beantragte Antrag, der Kirche alle von der Gemeinde bisher gewährten Zuschüsse ab 1. April d. J. zu entziehen, wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter angenommen; diese behaupteten, weil die Gemeinde die Zuschüsse in Höhe von 1000 M. schon seit langen Jahren bezahle, müsse dieser Zustand bestehen bleiben; die Herren versagten nur, daß die Vertreter der früheren 3. Wählerklasse, die in jedem Jahre gegen diese Zuschüsse aus dem Gemeindefiskus protestieren, nunmehr in der Lage sind, endlich ihren Protest zu verwirklichen. — Die kollegiale Schulleitung, die sich an der S. Gemeindefürsorge gut bewährt hat, wurde auch vom Reichsausschuss für Jugendfürsorge anerkannt und wird auch nach dem 1. April beibehalten. — Die freie Benutzung der Schul-Aulen wird auch fernerhin nach der Vorlage des Bildungsausschusses den in Frage kommenden Vereinen gestattet. — Der Erweiterung des Pflichtschulunterrichts nach der neuen Satzung stimmt die Gemeindevorstellung zu. — Den Gemeindevorstellern und -Angestellten werden monatliche Leertunungszulagen von 50 M. für unter 18 Jahre alte, 75 M. für über 18 Jahre alte und 100 M. für Verheiratete gewährt, außerdem für jedes Kind bis zu 16 Jahren 20 M. Bei der Erteilung einer G. Halbsregelung für den Oberlehrer Notthoff wurde auch bekannt, daß am 27. Januar die Schüler aus der Sexia der Realschule, nachdem der Oberlehrer Notthoff ein patriotisches Lied „Heil Kaiser“ mit den Schülern durchgenommen hatte, diese eine Wüste des ehemaligen Kaiser aus dem Lehrmittelschüler herbeizogen und nun eine Hundungsfest veranstalteten. Ein solches Fest, wie diese Herrschaften über die republikanische Verfassung denken! — Was sagt der Minister Henckels hierzu? Mit erregender Deutlichkeit rechnete der Bürgermeister mit diesen reaktionären Herrschaften ab, deren Presse er eine reaktionäre Mittelschicht nennt. Er werde, trotz aller von dieser Seite kommenden Hindernisse, den Beschlüssen der Gemeindevorstellung im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung Geltung verschaffen. Die Gemeindevorstellung beschloß die etwa noch vorhandenen Wahrgeld der ehemaligen „Staatsbürgerschaft“ aus dem Gemeindefiskus der höheren Schulen unverzüglich zu entnehmen, um weiteren Anflug zu verhindern. — Die Anstellung eines Gemeindevorgängers ab 1. April wurde beschlossen. Die Friedhofsbewirtschaftung und das Bestattungswesen werden von der Gemeinde übernommen. — Das Verhalten des Gemeindevorgängers Dr. Heiler in der öffentlichen Händlerversammlung wurde scharf kritisiert. Als man dort damit drohte, den Gemeinden, die kommunalisieren, werde man den Kredit sperren, rief dieser Herr dazu: Köpfe! Köpfe! Ein derartiger Hinweis ist durchaus unerwünscht. Die Fraktion des betreffenden Herrn sollte sich doch mit dazu äußern. Die Kredite werden gebraucht, um der Arbeiterbevölkerung die notwendigen Lebensmittel zu sichern. — Da die Schuhmacher am Orte sich weigern, weiterhin die gelieferten Reichshauptwaren zu den steigenden Preisen zu verkaufen, wird die Gemeinde den Verkauf selber betreiben. Hierbei entzöge dem Vertreter der hiesigen Schuhmachergilde das Gehältnis, die Schuhmacher hätten die Reichshauptwaren verkauft, um weiteres Kommunalisieren zu verhindern. Sie hätten über 1000 M. dabei zugegeben!!!

Rathena. Auf dringender Antrag der U. S.-Fraktion beschloß die Gemeindevorstellung, für alle Familien unter 6000 M. Einkommen den Mißpreis auf 1 M. pro Meter zu ermäßigen.

Niederschönewitz. In der letzten Gemeindevorstellung nahmen unsere Vertreter Gelegenheit, unter Punkt Mittelstunden auf verschiedene Vorgänge und Ritzstände innerhalb der Gemeinde hinzuweisen. Genosse Buchowicz fragte an, was es mit dem Transport von Waffen auf dem Grundstück Kaiser-Wildenburg-Straße 33 am 12. d. M. für eine Verbindung habe, wobei es zu einer Explosion gekommen sei. Der anwesende Polizeikommissar erklärt hierzu, daß es sich um den Abtransport der Waffen für die Freiwilligen handelt, deren Truppe aufgelöst worden sind. Genosse Siege gibt bekannt, daß der Bürgermeister in seiner Eigenmacht als Amtsbekannter ohne Befragen der Gemeindevorstellung allerdings in unvermeidlicher Form der städtischen Sondereinsatzpolizei Räume des Rathauses zur Verfügung gestellt hat, und daß die kommunale Polizei für den Ort vollkommen genügt. Es wird vom Gemeindevorstand zugesagt, diese Angelegenheit noch in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Der Lebensmittelverband der Gemeinde während der nächsten vier Wochen kann mit Rohmitteln beliefert werden wird, und

er sich gezwungen sehe, dieselben anderweitig zu erhöhten Preisen anzufaufen. Genosse Buchowicz stellte sofort den Antrag, die Lebensmittel für den alten Preis abzugeben und die Mehrkosten auf die Gemeinde zu übernehmen. Es wird einstimmig beschlossen, einen Fonds von 50 000 M. hierzu zur Verfügung zu stellen und im Bedarfsfälle weitere Mittel zur Verfügung der Lebensmittel bereitzustellen. Der Delegationsrat Dr. Diden-schick gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der hiesige Arbeiterrat noch keine des Rathauses zur Abhaltung von Sprechstunden in Anspruch nimmt, trotzdem in anderen Gemeinden der Arbeiter Rat längst ausgeschaltet ist, protestiert gegen das ungeschickte Verhalten des Arbeiterrats und behält sich vor, nämlich seiner Fraktion einen Antrag auf Entfaltung desselben zu stellen. Genosse Buchowicz gab ihm die gebührende Antwort. Der Arbeiter Rat ist diesen Herrschaften schon lange ein Dorn im Auge, nur haben sie es bisher hier noch nicht gewagt, offen zum Angriff überzugehen. Die Christlichen hatten einen Antrag gestellt, für die Abhaltung des katholischen Unterrichtes 1200 M. zu bewilligen. Sie wiesen auf ihr verfassungsmäßiges Recht hin; so gut wie die evangelischen auch sie Gelder hierfür in Anspruch nehmen zu können. Genosse Siege verweist die Herren auf das Merkmal der Elternbeiratswahlen, in der eine große Majorität für die Entfernung des Religionsunterrichts in der Schule sich erklärt hat. Wir wollen niemand seine Religion nehmen, wer aber religiöse Erziehung will, soll auch die Kosten hierfür selbst aufbringen. Die 1200 M. werden darauf abgelehnt. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde die Abänderung des Tarifvertrages für die weiblichen Bureauhilfskräfte von der Tagesordnung abgesetzt, da dieser Vertrag einheitlich für Groß-Berlin festgesetzt werden soll. Genosse Siege wünscht jedoch, um die weiblichen Hilfskräfte nicht noch länger warten zu lassen, unbeschadet darum, ob in nächster Zeit diese Regelung einheitlich vorgenommen wird, auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevorstellung diese Angelegenheit zu setzen. An Stelle des verstorbenen Schöffen Deitrich (S. P. D.) wird Gemeindevorsteher Otto (S. P. D.) als Schöffe gewählt.

Verneu. Auf der umfangreichen Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung am Freitag stand auch ein Antrag unserer Fraktion betr. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Pressenverbote. Wegen der Wichtigkeit derselben und da dieselbe doch längere Zeit zur Diskussion gedauert würde, beantragten wir, den Antrag als ersten Punkt zu verhandeln. Da der Zukünftige nicht genügt war und die Reichsregierung nicht zustimmen abnten, lehnien dieselben mit Hilfe der bürgerlichen Fraktionen ab. Nachdem eine Reihe von Anträgen eingebracht waren, wurde unser Antrag von unserem Fraktionsführer, Gen. P. D. H. C. begründet. In kurzen, aber inhaltreichen Ausführungen geschickte unser Redner das schmutzige Verhalten einer sich sozialdemokratisch nennenden Regierung, gegenüber Arbeitern, welche sich eine Demokratie anders vorstellen als die Regierung Köpfe, Bauer, Dine. Auch dieser Redner wird es unmöglich sein, auf die Dauer mit dem Belagerungszustand weiter zu regieren. Mit einem abgeordneten Namen und Verlegenheitsbestimmungen suchte sich der Redner der Reichsregierung zu vertheidigen und alle Schuld den von uns Unschuldigsten zuschreiben. Die Zuhörer haben jedoch diesem Vertreter der Demokratie zu verstehen, daß sie nichts mehr für ihn übrig haben. Arm in Arm mit den bürgerlichen stimmten die Sozialisten unseren Antrag nieder.

Lebensmittelkalender.

Tellow. 250 Gr. Frühmais für 1.40 M. auf Abschnitt II der Lebensmittelkarte. Auf die Kronenmehrkarte 1900 Gr. Kronenmais für 2.08 M. Die Abchnitte 10-12 der Kartoffelkarte gelten für 4 Pfd. Kartoffeln, 10-12 für weiße Bohnen zum Pflanzboden von 2.00 M. Diese werden nur im städtischen Verkaufsaum am Dienstag und Mittwoch nachm. von 2-7 Uhr abgegeben. Gleichzeitiger Verkauf von Stroh zum Kriegesbeschädigten auf Grund der schon erteilten Ausweise, Kopfenmenge 500 Gr. für 02 Pf. Donnerstag nachm. von 2-7 Uhr Ausgabe von Lebensmittelkarten für Jugendliche und Verkauf von Honig (1/2 Pfd. für 1.55 M.) im städtischen Verkaufsaum auf Abschnitt 13. Die Abfertigung findet statt für diejenigen mit den Kaufausweisen 1-3 von 2-4 Uhr, 4-2 von 4-6 Uhr, 6-2 von 6-8 Uhr, 8-2 von 8-10 Uhr, 10-2 von 10-12 Uhr. Zeitmengenmenge: 200 Gr. Margarine für 2.40 M.

Aus den Organisationen.

- 1. Bezirk, Sonnabend, 8. März, abends 7 Uhr, 5. Pflanzabend in der Aula Mittelwalder Straße 37. Dr. Felix Günther spricht über „Die Deutsche Volkshilfe.“ Karl von Schaller, Glienickerstr. 70.
- 2. Bezirk, 1. Abteilung (Wasserwerk/Beutel). Mittwoch, 3. März, abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung bei Keller, Wasserwerkstr. 70. Die Elternbeiratswahlen und die Forderungen der U. S. V.
- 3. Bezirk, 2. Abteilung. Mittwoch, 3. März, abends 7 Uhr, Versammlung der Köpfe, Pong Straße 23. — 4. Abteilung. Mittwoch, 3. März, abends 7 Uhr, Versammlung bei Dukat, Cuhens- Straße 43.
- 4. Bezirk, 1. Abteilung. Mittwoch, 3. März, abends 7 Uhr, Exkursabend bei Schmidt, Efinger Straße 8.
- 5. Bezirk, 4. Abteilung. Mittwoch, 3. März, abends 7 Uhr, Mitarbeiterversammlung bei Müller, Schwedter Straße 23. Die Bezirksleiter und Kommissionsmitglieder sind besonders eingeladen.
- 6. Bezirk, Elternbeiratswahlen. Die Genossen der 1. Abteilung treffen sich am Mittwoch abends 6 1/2 Uhr bei D. Schme. Kellnersstr. 23. Die Genossen der Zweite 633-607, 682, 683, 684 und 687 zur selben Zeit bei Seidel, Parimeter Straße. Eine Bundesratsfeier an einer wichtigen Handwerksverbreitung. — Mittwoch abends 7 Uhr öffentliche Wahlenversammlung der 100. und 200. Gemeindefürsorge in der Aula Voerhoffstr. 26, dergleichen Freitag abends 7 Uhr für die 31. und 187. Gemeindefürsorge in der Aula Turmstr. 86 und für die 221. und 263. Gemeindefürsorge in der Aula Voerhoff Straße 26. — Donnerstag abends 7 Uhr Exkursabend bei Veghte 676-681, 684, 684a und 685 im Lokal von Ruder, Janomstr. 14.
- 7. Bezirk, Dienstag Sitzung sämtlicher politischen Kommissionen bei Vög, Kolhofer Straße 27.
- 8. Bezirk, Bildungskommission. Mittwoch, 3. März, Vollziehung bei Stille, Pankstr. 65.
- Charlottenburg. Dienstag abends 8 Uhr Kursus des Genossen Braunthal in der Hindenburg-Realschule, Guerickestraße.
- Charlottenburg. Mittwoch abends pünktlich 8 Uhr Sitzung der Bildungskommission. — 1/2 Uhr Kursus des Genossen Köpfe.

Bereinstalender.

- Bund der technischen Angestellten und Beamten.** Ortsverein Ostn. 11. Donnerstag, 4. März, 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung in der Brauerlei Pflanzberg, Frankfurter Allee 213. Tagesordnung: Vorträge, die Min. bei der Technik in der Kommune, Referent: Siebterordnete Kolonne Mitglieder. Betriebsratswahlen. Versammlung. — **Verband der Bureau-Angestellten.** Ortsgruppe Groß-Berlin. Haus, Dienstag, abends 8 Uhr in Oberlandstraße, Neue Friedrichstraße. Versammlung der Berufsangehörigen. — **Zentralverband der Metzger.** Dienstag, 3. März, abends 7 Uhr, Mitarbeiterversammlung in Boche's Pflanz, Wasserstr. 17. — **Mittwoch, 3. März, abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung Charlottenburg.** Wilmersdorf im Volksheim, Köpenickerstr. 3. — **Bezirksversammlung Köpenick.** Freitag abends 7 Uhr bei Köpfe, Köpenickerstr. 26. — **Bezirksversammlung Weichensee.** Freitag abends 7 Uhr bei Weber, Weichensee, Friedrichstr. 37, Eder Strauchstraße. — **Belegschaftsverband.** Donnerstag abends 8 1/2 Uhr wichtige Versammlung im Gemeindefürsorge, Coal 5. — **Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten.** Bezirk C. 6. Mittwoch abends 7 Uhr Bezirksversammlung im Restaurant „Dresdener Garten, Dresdener Straße. — **Sozialistische Arbeiterjugend Reichs.** Dienstag abends 7 Uhr Regionalrat. 15 Funktionärkongress. — **Mittwoch abends 7 Uhr Regionalrat.** Vortrag des Genossen Sieblich.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielow, Reichshaus, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, S. O. M. B. H. Berlin. — Druck der Reichsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. B. H. Schillbauerdamm 19

Bekanntmachung.

I. Es erfolgen auf die Abschnitte Nr. 113 der alten und Nr. 1 der neuen allgemeinen Lebensmittelliste der Stadt Berlin...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro: Berlin N 54, Eintracht, 83 85, Goldschmiedestr. 10 vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Sonntag, 4. März 1929, abends 7 Uhr

Verammlung
Der Schmiede Groß-Berlins, welche in Juwelen- u. Juwelierarbeiten beschäftigt sind...

Zur Beachtung!

Alle Metallarbeiten vom großen Metallarbeiterherstellern aus dem Vorjahr werden nur noch bis 4. März 1929 abgekauft.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisekammern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Vordern mit Cabriolet-Einbauten, Parkettböden, 2. u. 3. Stockwerke, Veranden, kompletten Heizungsanlagen usw.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Gonorrhoeen, Syphilis-Kur, Blasenentzündung, Prostata-Entzündung, Mäßige Preise.

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Harn-, Frauenleiden, sowie veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urtica- und Histaminreaktion, Licht- und Frost-Behandlung.

Spezial-Arzt
für Geschlechts-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urtica- und Histaminreaktionen, etc.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstraße.

Reinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 74, Friedrichstraße 127, woher alle Rechte der Rechtsfreunde durch die großen Publikums...

Münzen, Briefmarken
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 106 21.

Alle Zahngebisse
Platin, Brennpitzen, Kontakte, Tiegel usw.
Goldbruch + Silberbruch
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Unger
Alte Schönehauser Str. 14-15, Uhren-Laden

Metallkaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, vis-a-vis der Markthalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre Metallabfälle und Altmetalle nur an mich verkaufen.
Zahl stets höchste Tagespreise.
Eisen- u. Metallgroß andl. Willy Seydlitz
Hauptgeschäft: Neukölln, Libardstr. 4. Telefon: 9405
Nur für contant.
Detailankaufsstellen: Hermannpl. 4, Böhmische Str. 16 (n. Richardl.) Berlin, Schönhäuser Allee 151. — Pöckelstr. 33.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlins.

KUPFER 22.00 Mark
MESSING 12.00 Mark
Blei 8.00, Zink 7.00,
Gold-, Silber-Medallien
und andere Metalle sowie
alte Gebisse kauft
2 Ankaufsstellen
Gothheim, Mariannenstr. 12
und Schmidstr. 17a

Platin, Brillanten, Gold- u. Silberbruch
kauft zu höchsten Preisen
C. Käferle, Frankfurter Allee 277 I.
Sonntags bis 4 Uhr nachmittags.

Achtung! Ankauf!
Kupfer 25,- Messing 15,- pro kg
Zink 8,- Blei 9,50
sowie Zinn, Aluminium
zahlt die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeugt sich
1 Oderberger Str. 1 im Hof
an der Schönhauser Allee

Metallschmelze
Schmidtstrasse 10a
zahlt wie allehöchst
die höchsten Tagespreise

Schafwolle
40 bis 50 M. pro kg
Rinderhaute bis 600 M., Ziegenfelle 100
bis 175 M., Rohhaar 30 bis 40 M., Matratzen-
haar 10 M., Strumpfwole 24 M., Kapuzen-
felle 15 M., Kupfer 25 M., Messing 15 M.,
Blei 9 M., Gummi und Sacke kauft
Produktions- u. Handelsgüter
Von Freitag 9 bis Sonntagabend 7 Uhr geschlossen.

Alte Gebisse
Kein gewöhnl. Platinzahn unt. M. 22,-
Platin höchsten Tagespreis
Besser verarbeitet als Bronzestücke nur nach Gewicht.
Ankauf: Berlin W., Krausenstr. 56/58, Zimmer I u. r.
Täglich 10 bis 6 Uhr. **VOULER**, Berlin.

die Zahneinkaufsstelle
Charlottenburg, Frischstr. 46, v. II. an der
Kornstraße (Bahnhof Charlottenburg)
kauft täglich von 9-1 und 2-6 Uhr
zu höchsten Preisen
alte Gebisse.
Pro Zahn nicht unter 15-20 M., Füllzähne bis 200 M.,
Kopplzähne die Hälfte. — Brandmarke-Sülste
nach Gewicht (Gramm 300 Mark).

Alte Gebisse
auch zerbrochen, bis 3000 M.
Elastische Platinstützgebisse von 21.25 bis 200 M.
doch nicht unter 21.25 M. pro Zahn.
PLATIN-
Brennstifte.
Kontakte usw. bis 320 M. pro Gramm.
Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und
Juwelen kauft zu den höchsten Tages-
preisen täglich von 9 bis 8 Uhr
J. Herz, Fahrbeiliner Str. 52
Vorderhaus links parterre
Sonntagabend nur von 6-8 Uhr abends.

Zähne v. 4 M. Teilzahlung, Plomben 1.00, Gold-
kronen 18 M. Zahnstücken mit Einser, -Gest.
schon-rund Umarm, schlechts Gebisse, Rep.
Zahnarzt W. 111, sol. Potsdamer Str. 44, Hochb. Sprechz. 9-7.

Ausgekämmtes Haar
Zahl 1.- Mk. für 10 Gramm. Größere Posten mehr.
Feilwei, Neue Königstr. 38 v. II.

Lumpen bis 30 M. das Kilo
Stoffe, säm l. Futtersachen,
Hemdentuche, Garne
Sticher, Rosenthaler Straße 16 17. Norden 4551.

Offene Stellen
Kassiererinnen
sollort gesucht.
Meldungen von 11 bis 12 Uhr vormittags
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W 50,
Tauentzienstraße 21/24

Botenfrauen stellt ein:
Expedition: Döring, W 37, Steinmetzstraße 23
Stimming, Lichtenberg, Oderstr. 4 part.
Götze, N 888, Treppenkönigstr. 22
Tornseifer, Lückner Straße 11
Charlottenburg, Wallstraße 65
Wenzel, Lillinger Straße 11
Hecht, Relnickendamm, Kessidenstr. 126
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2
Krüger, Neukölln, Emser Str. 32
Lohmann, Hussenstr. 43
Zacher, An der Fischerbücke 2
Schindler, Neukölln, Neckarstraße 3
Sennig, Strauß, Laskerstraße 2
Schaefer, Oranienstraße 70
Lode, Marktstraße 23
Spiekermann, Fankow, Mühlentstr. 20
Sinner, Skalitzer Str. 101
Wendt, Schöneberg, Götzenstraße 41
Emil Krüger, Wasserlorenz 41, v. pt. Keller
Waldmannstr. 121 v. pt.
Röhle, Wildau, Schwabkopfsstraße 57
Karl, Oberschönweide, Bismarckstraße 26
Sternklker, Goltz-Königin-Elisabethstraße
Neßler, Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34

Putzwerkstätten, Putzgeräteeinrichtungen, Putzgeräteeinrichtungen, Putzgeräteeinrichtungen
Zurbehalterin, Putzgeräteeinrichtungen, Putzgeräteeinrichtungen, Putzgeräteeinrichtungen
A. J. Jacobi, Wisbyer Str. 2
an der Schönhauser Allee

Goldbruch Silberbruch Kupfer Messing Blei Zink Zinn
kauft zu höchsten Tagespreisen
Silberzentrale
Goltzkowskystr. 13
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Kupfer 22, Messing 12, Blei 8, Zink 7, Zinn bis 70, Lagermetall bis 30, per kg
Driesener Str. 24
Ecke Schivelbeiner Str., Laden
Mitglied des Vereins der Altmetall-Händler Groß-Berlins.

Kupfer bis 22,- Messing 12,- Blei 8,- Zink 7,- Zinn 70,- Eisen 120
Fuchs & Wild
Katzlerstraße 10
(am Hauptbahnhof)

Kupfer bis 26,- Messing 15,- Blei 10,- Zink 8,- Rotguss 23.50
kauft gegen Kasse
Tasche
Reife-Alliance-Straße 18 und
Wilmersdorf, Behnhofsstr. 18 e
Vorkäufer hat Zahle

„Bosch“
Magnete und Karren,
kauft laufend
Karl Wallinowski
Fahnenbergstraße 19
Karlstr. 2552

Kupfer kg bis M. 25.50 Messing „ 15.00 Blei „ 10.00 Zink „ 8.50 Rotguss „ 23.50
kauft gegen Kasse
Tasche
Reife-Alliance-Straße 18 und
Wilmersdorf, Behnhofsstr. 18 e
Vorkäufer hat Zahle
Kupfer bis 26.50
Messing „ 15.50
Blei „ 11.50
Zink „ 9.50
Schrager, Simonstr. 23
Eck Bahnhofsstr. Berlin 121
Spiralbohrer, neue Werkzeuge, kauft 100
u. 200 Tagespreise, jede Menge
Schleierstr. 41, Charlottenburg,
Kaiser-Friedrich-Str. 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
Gürtler
Albert Braun,
Tilsiter Straße 79, am 27. d. Mts. gestorben ist. Die
Einschicung findet am Mittwoch, den 3. März, nach-
mittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß
folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:
Der Dreher
Karl Walter,
Lichtenberg, Schwarzwaldstraße 67, am 11. d. Mts.
Die Arbeiterin
Emma Hollaender,
Quitzowstraße 109, am 16. d. Mts.
Der Schrauber
Eduard Dicks,
Schliermacherstraße 215, am 23. d. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß
Hauptkassierer unseres Verbandes, der Kollege
Heinrich Wentker
Hamburg, am Freitag, den 27. Februar, im Alter von
59 Jahren, aus seiner rastlosen Tätigkeit für
Organisations durch einen Schlaganfall herausgeris-
sen wurde, dem er nach einigen Stunden erlag.
Der schicksalhafte Verlust in dem das Geschick
der nahezu 30 Jahre an diesem verantwortungsvollen
Posten gestanden hat, einen ihrer tatkräftigsten
besten Vorkämpfer ihrer Interessen und wird ihm
ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Einschicung findet am Mittwoch, den 2. März,
vormittags 9 Uhr, im Krematorium des Ost-
Friedhofes statt.
Die Ortsverwaltung

Todesanzeige.
Am Donnerstag, den
26. 2. 1929, starb nach
kurzer Krankheit, und
hatten Todeskampf un-
serer Liebe, stets hilfs-
bereit und aufopfernde
Tochter, Mutter, Schwester
u. Schwägerin, die
sel. Familie
Auguste Esser
geb. Samet
im Alter von 32 Jahren.
Im Mai 1918 wurde der
Mann im Krieges-todes-
schicksal, dieses Schlag hatte
die Verstorbene nicht
überwinden können.
Die Hinterbliebenen:
Die Einschicung findet
am Mittwoch, den
3. März, nachm. 5 Uhr, im
Krematorium Gerichts-
straße statt. Kranz-
spenden nicht erbeten.

Altmetail
Kupfer 24,- Messing 14.50,
Blei 9,- bis 9.50, Zink 7,-
kauft Wallstein, Warschauer Str. 18

Ates Eisen
und sämtliche Metalle
kauft über Tagespreis
J. Achs, Alte Jakobstraße 84

Leim, Schellack, Drogen, Anisöl, Harze,
Winkler, Kirchstr. 12.

Metalle.
Streu realis. Bodensch.
Kupfer „ 25,- Mk.
Messing „ 15,- „
Blei „ 10,- „
Zink „ 8,- „
Größere Posten mehr.
Waßmannstr. 22.

Leim, Schellack
kauft höchstlaufend Ater-
wallstein, Kais.-Fried.-Str. 5-11

Rohe Felle
jeder Art kauft von Händler,
Schaumler und Privats zu den
höchsten Tagespreisen.
Thaler, Berlin,
Alte Schönehauser Straße 14 15.
Räder Weidlich, Alle
Sorten Räder Lieferwagen,
Kastenwagen, Ranzwagen,
Brunnenstr. 96 (Humboldt) 170.

Auf Kredit Möbel
Wohnungseinrichtungen
sowie alle in Möbelstücke
zu billigen Preisen.
Kleinste Anzahlung
Bequemste Abzahlung.
Größte Rückzahl.
A. Stein
Oranienstraße 1
Hochbahn-Station
Oranienstr.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

Genossen erwacht in der Infanterie. Lacht auf nach und überall auf die „Süßmilch“.